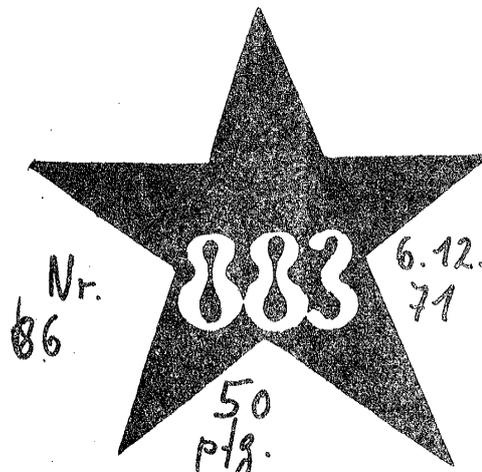


LENINISMUS:



Zusammenarbeit von mittelmäßigen
Intellektuellen
und mäßig revolutionären
Arbeitern



Revolutionäre Aktion

INHALT: RAF-Kritik - Bonnies Ranch - Aussperrung bei Daimler-Benz -
Lehrlingsorganisation - Neue Ausbildungsordnung für Erzieher und
Sozialarbeiter - CHILE: Ein Jahr danach - HANNOVER: Enteignet Ustra -
OPEL-NÜSSELSHEIM: Entlassungen ...

GEGEN eine neue **AUSBILDUNGS-ORDNUNG** FÜR ERZIEHER UND SOZIALARBEITER



PFH - PFH, KIMM NEHE AUSBILDUNGSORDNUNG UND KIM HERR MARCUSE

Ein Kind hält den Mund!
In der Klassenkasse im Charlottenburg, steht, beschließen und unzufällig, im Klassen-Gesamtsitzung zu dem ungeliebten Apparatentwürfen der Berliner Spekulant Mosch und den protzigen Bau- und Verwaltungstürmen, eine Schülerin Friedrich-Frobel-Haus. So zurecht der Klassen-Schein, so wichtig, was drinnen vorgeht in diesem Kasten werden Erzieher (Klassen), ausgebildet, also Klassenleiterinnen, „sozialpädagogische Fachkräfte“ für Heime, Jugendfreizeitanlagen usw. Mittlerweile sind es ca. tausend (!) Jugendliche (ab 17) und Erwachsene, (die früher einen anderen Beruf hatten) die hier zu Erziehern erzogen werden.

Was sollen sie in dieser Ausbildung lernen? Genau darum ging es am 4.11. letzten Tag sollte eine neue Ausbildungsordnung, beraten und faktisch beschlossen werden. Nicht von den Schülern! Die haben zu schlucken, zu parieren, hinzunehmen, was von oben verordnet wird. Schließlich ist es ja im Klassenrat nicht üblich, dass die „Unternehmer“ die „Unternommenen“ nach ihrer Meinung fragen, und ausserdem haben die Erzieher zuerst einmal zu lernen, was sie später weitergeben sollen.

Deshalb sollte die Beratung der neuen Ausbildungsordnung heimlich über die Bühne gehen. Hatte doch die Senatsbürokraten schon längst beschlossen, ihre Vorstellungen von einer Erzieherausbildung Realität werden zu lassen. An diesem Tag wollten sie sich noch schnell ein pseudo-demokratisches Mäntelchen umhängen: die Schulleiter sollten Stellung nehmen dürfen als „Vertreter“ der „Betroffenen“. Besonders der Leiter des Friedrich-Frobel-Haus, ein gewisser Peter Marcuse, war allzu bereit, die Interessen der Schüler vertreten zu wollen, ohne diese aber zu fragen. Er war sich seiner Sache so sicher, dass er zu den üblichen Tricks griff, um seine Stellung als selbsternannter „Interessenvertreter“ zu retten: Einige Schüler hatten am Vortag (Mittwoch, 1. Schultag nach den Ferien) Wind von dem geplanten Bürokratenkomplott gekriegt. Sie stellten dem Direktor zur Rede: zunächst versuchte er, den Termin glatt zu leugnen: „Davon weiss ich nichts“. Dann wurde ihm das Flugblatt einer anderen Schule unter die Nase gehalten. Nun versuchte er, die Sache herunterzuspielen: er handle sich um eine Routine-sache, es werde ja nur (!) beraten.... Mit derlei Sprüchen gelang es ihm, die anwesenden Schüler (ca. 30 Klassen-sprecher weitestens vorläufig einzulullen.

Anders registrierte die Schüler des Friedrich-Frobel-Hauses (PFH), einer „privaten“ (vom Senat indirekt kontrollierten) Schule (ca. 250 Schüler). Diese hatten in einer Vollversammlung beschlossen, ihre Interessen selbst wahrzunehmen und das „Gespräch“ am 4.11. zu verhindern. Die Senatsbürokraten wollten sich im Friedrich-Frobel-Haus (PFH) zusammenhaken. So kamen am 4.11. ca. 150 Schüler des PFH in die Bismarckstrasse. Zunächst ging es darum, die Schüler des PFH aus ihrem passiven Schlaf zu wecken. Ein pfiffiger Genosse setzte die Feueralarmklingel in Gang, worauf sich ca. 250 PFH-Schüler solidarisierten. Die anderen hookten - z.T. von reaktionären Lehrern eingeschüchelt - weiterhin in den Klassenräumen, wagten aber wenigstens einen Blick aus dem Fenster in den Schulhof, wobei sich die Demonstranten nun begaben. Mit Sprechchören und per Megaphon wurde der Abbruch der „Beratung“ gefordert. Die verängstigten Schulbürokraten wussten von Anfang an, was auf sie zukam: ein Go-In.

Diese offensichtliche Niederlage versuchten sie zu vermeiden, indem sie sich zunächst „zur Diskussion“ stellten, d.h. sie versuchten, mit verwässerten Verbrüderungen („darüber bin ich nicht informiert, aber ich will mich drum kümmern“), und leeres Phrasengedresch („wir wollen doch alle eine optimale Ausbildung“) Eindruck zu schinden. Linksopportunistisch boten sie an, dass doch einige Schüler teilhaben könnten.

Ihre Sprechblasen nützten ihnen aber nichts: die Schüler blieben hart und forderten den Abbruch der Sitzung und eine hinreichend lange Vorbereitungszeit, um selbst eine Ausbildungsordnung zu entwickeln. Daraufhin wurde auch abgebrochen und ein Termin im Januar vorgeschlagen.

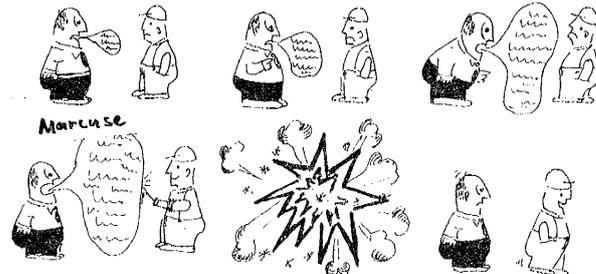
Schüler und Lehrer aus allen Berliner Erziehereschulen (PFH, PFH, Oberlin-Seminar, Kath. Schule und Wichern-Stift) versuchten nun, in einer ausserparlamentarischen Kommission eine Ausbildungsordnung zu entwickeln, die tatsächlich ihren Bedürfnissen entspricht.



DIE ROLLE DES DIREKTORS MARCUSE

Der schon erwähnte Direktor des PFH hat bei diesen Vorgängen eine besondere fiktive Rolle gespielt:

Marcuse war im April 70 Leiter des PFH geworden. Bereits seit 2 w e i Jahren wird in der Schulbürokratie an einer neu-



en Ausbildungsordnung „gearbeitet“. Bald wurde das auch ihm bekannt. Er begann eifrig mit der Absicherung von den Betroffenen an dem Machwerk mitzumischen. Dazu hielt er sich für kompetent, obwohl er bis April Leiter einer Schule für das „Oberbekleidungs-gewerbe“ (also: Schneider, Kürschner, Hutmacher usw.) war, dem merke: „wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er auch Verstand!“

erst als ihn von einigen Schülern (s.o.) auf die Zehen getreten wurde, war er nach anfänglichen Leugnen, Verdröhnen und Verharmlosen der Tatsachen bereit, wenigstens die eine Tatsache zu bestätigen, dass an einer neuen Ordnung gearbeitet wird. Dass er dies schon lange weiss und schon lange mit den Schulbürokraten über diese Sache brütet, hat er aber wohl weislich verschwiegen.

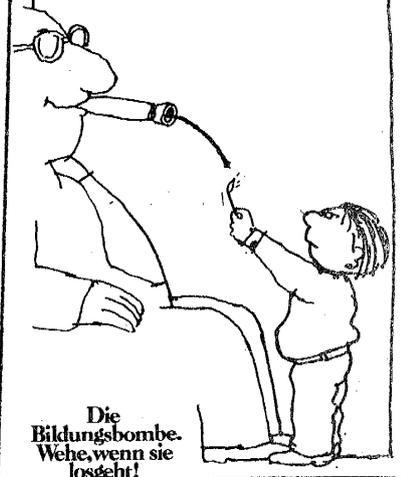
Auch sonst hat er sich als geschickter Informationsmonopolist erwiesen. z.B. hat er viele Schüler an das PFH gelockt mit dem Versprechen, sie könnten nach zwei Jahren an die Fachhochschule für Sozialarbeit wechseln. Was er nicht sagte, das dazu eine Fachhochschulreifeprüfung notwendig ist, dass an der Fachhochschule ein scharfer numerus clausus besteht - kurz: dass sein lockendes Versprechen einen Dreck wert ist. Genasogut könnte z.B. Bohring Lehrlinge fürs Labor anheuern mit dem Versprechen, sie könnten später Medizin studieren!

Man muss vermuten, dass seine an bürokratischen Hierarchien und gesellschaftlichen Machtstrukturen orientierte Fektioniererei nicht nur aus seinem persönlichen Karrierebedürfnis entspringt. Wenn er nach „oben“ dienstbereit, kooperativ, onswillig und anpassungsfähig erscheint, nach „unten“ Schülern und Lehrern des PFH gegenüber aber herrisch („entschieden kann ich alles!“), unmässig („was wissen Sie denn schon!“) und gelegentlich als gütige Vaterfigur („bitte schon dabei, das in Ihrem Sinn zu regeln“), dann hat das wohl auch damit zu tun, dass sich Marcuse als „linker“ SPD-ler versteht. Gerade diese „Genossen“ haben ja (noch) nicht (ganz) vergessen, dass die spät-kapitalistische Gesellschaft in Klassen zerrissen ist und dass den „Klassenkampf von oben“ (Unterdrückung der Lohnabhängigen, Konkurrenzsystem, Leistungsdruck, Bürokratie, Polizei usw.) ein-

flussiger „Klassenkampf von unten“ (Streik, Verweigerung von arbeiten, Forderung nach Abschaffung des Notensystems, eigene Interessenvertretung, Selbstorganisation) entgegenzusetzen ist. Die Umwandlung derartiger Erkenntnisse in politische Praxis ist aber inopportun (mit Unbequemlichkeiten verbunden), so wird versucht, den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis durch Mausecheln und selbsternannte Vertreterfunktion scheinbar aufzuheben. Dieses sozialdemokratische Rollenspiel des P. Marcuse droht nun zu platzen. Es wird allmählich deutlich, dass er im Zweifelsfall die Interessen der Herrschaftsklasse wahrzunehmen bereit ist. Nun versucht er mit letzter Kraft seine scheinbar objektive Makrolle zu retten, indem er das Gerücht ausstreut, man hege in der Bürokratie den Verdacht, die Demonstration vom 4.11. sei von ihm angezettelt!

Worum geht es in der neuen Ausbildungsordnung?

Ausbildungsordnungen haben scheinbar die Funktion, die jeweilige Ausbildung lediglich formal zu ordnen: also Voraussetzungen (Hauptschul-, Realschulabschluss, Abitur usw.), die Länge der Ausbildung, das Prüfungsverfahren und ähnliches werden definiert. Ausserdem wird ganz pauschal der Ausbildungszweck angegeben. Es werden also unter dem Deckmantel der rein formalen „ausserlichen“ Ordnung auch Inhalte festgelegt, aber eben nur indirekt, verschlüsselt. Beispiel: Demnach wird natürlich nicht genau gesagt: Erzieher haben ausbeutbares Menschenmaterial zu erziehen - vielmehr ist die Rede ganz allgemein von „Vorbereitung auf die Aufgaben in der Gesellschaft“.



Die Bildungsbombe - Wehe, wenn sie losgeht!

nun sind in die alte (d.h. derzeit gültige) Ausbildungsordnung offensichtlich „falsche“ Inhalte hineingerutscht. Man hatte am 30.10.68 geschrieben: „Aufgaben als mündige Bürger in einer... fortschreitenden Gesellschaft“, ... sich mit dem gegebenen Situation der sozialpädagogischen Einrichtungen... kritisch auseinandersetzen“, usw., man hat die Mitwirkung von Schülervertretern vorgesehen, man hat auch die unterrichtenden Lehrer einbezogen. Dies alles soll nun abgebaut werden zugunsten allgemeiner Formulierungen, die so allgemein gehalten sind, dass niemand mehr genau weiss, was die Formulierungen nun eigentlich bedeuten sollen. Für diese Zweifelsfälle steht dann immer:

„... Zustimmung des Vorgesetzten...“, „im Einvernehmen mit der Schulleitung...“ usw. Kurz: die neue Ausbildungsordnung soll so flexibel-nichtessend sein, dass man immer nur die „richtigen“ Leute an die richtige Stelle zu setzen braucht, um die gewünschten Resultate zu garantieren. Die scheinbar neutrale Ausbildungsordnung soll so formuliert werden, dass man sozialistische Lehrer, kritische Schüler immer mit einer dem Wortlaut möglichen anderen, nämlich kapitalfrommen Auslegung zuerufen, oder sonstige disziplinieren kann.

Dann merke: Ein Kind hält den Mund! Und den „Vätern“: Unternehmer, Staat und Oberstudiendirektor gegenüber sind wir doch alle Kinder - oder nicht? Vielleicht nicht? VIELE KINDER + WENIGE VÄTER: wer ist stärker!

Aus: Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit.

Kriegsgeneralversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des Grossberliner Riessenhallenkreises Telow-Beskow-Storkow-Charlottenburg. „Genosse“ Schlieffe (Telow): „Als Generalwähler der Kriegsgeneral-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des Grossberliner Riessenhallenkreises Telow-Beskow-Storkow-Charlottenburg fasse ich mich zusammen: wenn preussische Sozialdemokraten der Einladung in das Reichstags des Innern“ folgen, und der Kaiser an dieser Besprechung teilnimmt, so ist das keine Verletzung sozialdemokratischer Grundsätze. Auch der Genosse David handelte korrekt, wenn er der Einladung des Kronprinzen folgte. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre... (hustet)... (hustet)... (mit brüchiger Stimme) revolutionäre Partei.“

OIO-RUFE

„Sie muss deshalb auch, wenn es die veränderten Verhältnisse erfordern, mit alten Traditionen brechen.“

EIN ZWISCHENRUFE: „BEI HOP?!“

Schlieffe: „Ich meine mit Ihren eigenen Traditionen. Sie muss in Ihren eigenen Reihen (mit brüchiger Stimme) revolutionieren. Sie ist eine durch und durch revolutionäre Partei.“ (lebhaftes Zustimmung)

1914 stamte die SPD den Kriegskrediten im Reichstag zu. Damit wurde der theoretische und praktische Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse offenbar. Dagegen setzte Rosa Luxemburg schon am 20.2.14 die Aufgabe: „Aufklärung verbreiten, den arbeitenden Massen ihre Klasseninteressen und ihre geschichtlichen Aufgaben zu Bewusstsein bringen.“ (in: Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse). In dieser Tradition (der Sozialdemokratie) müssen wir den Oberstudiendirektor Peter Marcuse sehen: auch er bricht immer die eigenen Traditionen, wenn er „zu Hof“ geht, auch er revolutioniert sich selbst, das heisst er dreht und wendet sich, wie es den Interessen der Herrschenden entspricht.

Unbedingt
Roter Kalender
für Lehrkräfte und Schüler 1972
2-Mark
Wagenbach
lesen!



HAND DRUGSTORE
Berlin Schönberg
Hauptstr. 26
FRESH + SAUFEN
ER+POSTER+INFORMATION

883
Revolutionäre Aktion

Schweiz: LEHRLINGE GEGEN BONZEN



In der Umgebung der Stadt Zürich sind seit einiger Zeit Lehrlingsgruppen aktiv, die über eine nicht unerhebliche Anhängerschaft verfügen. Das hat bei Unternehmenschefs, Ausbildern und Berufsschullehrern zu einer hektischen Betriebsamkeit geführt. In den Spalten der reaktionären Presse, so z.B. dem Hauptblatt der schweizerischen Monopole, der Neuen Zürcher Zeitung, wird Alarm gegeben.

Wir meinen, dass seit der vor einigen Monaten erfolgten Bankbesetzung in Zürich und der Proklamierung einer "Autonomen Republik Banker" durch Lehrlinge und Jungarbeiter diese Bewegung eine Relevanz erreicht hat, die das Interesse und sorgfältige Studium von Westberliner und Westdeutschen Gruppen verlangt, welche im gleichen Bereich tätig sind.

Nicht ohne weiteres zu beantworten ist die Frage nach der zahlenmässigen Stärke der Bewegung. Für die Region Zürich ist nach einer Schätzung der Polizei mit einem "harten Kern" von 50 Leuten sowie mit 2500 Sympathisanten zu rechnen. Eine andere Schätzung geht davon aus, dass die revolutionären Gruppen in Zürich für Aktionen 700 bis 800 Lehrlinge zusammenkommen können. In der Lehrlingsgewerkschaft Zürich sind 130 Genossen organisiert. Diese Zahlen dürften sich, mit entsprechenden proportionalen Korrekturen, auf die übrige deutsche Schweiz übertragen lassen, wobei man im Sinne einer Wasserwaage davon ausgehen kann,

dass in jeder mittleren oder grösseren Stadt mindestens eine Gruppe als zentraler Punkt versteht. An der Universität Zürich bildete sich eine neue Gruppe, die in enger Verbindung zur Ligue marxiste revolutionnaire (einer ML-Gruppe) in der welschen Schweiz steht, der grössten linken Gruppe.

In der Agitation ist der Einfluss aus Deutschland unverkennbar. Die Neue Zürcher Zeitung (28.11.) bemerkt dazu: "... es kommen immer wieder wesentliche, auf eine Verchärfung hindeulende Impulse aus der Bundesrepublik. Bekannte deutsche Verlage liefern die theoretische Substanz, Taschenbücher und Zeitschriften die Schlagworte. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die "Betriebszettel" eines gewissen Bernd Kelb am Platz, die im Berliner Verlag Klaus Wagenbach erschienen ist. Diese "Ratschläge für die Taktik am Arbeitsplatz" - so der Untertitel - bilden die Diskussionsgrundlage an einem orsten von fünf Wochenendtagungen, die in diesem Herbst in der Umgebung von Zürich durchgeführt worden sind. Da an diesem Kurs etwa hundert Personen aus vorwiegend revolutionär gesinnten Kreisen teilnahmen, wäre es nicht verwunderlich, wenn die zwar konkreten und zuffinierten Ratschläge für Betriebsagitation, die sich in der Betriebszettel finden, da und dort in der Praxis ihren Niederschlag finden. Ein Wochenende dieses Kurses, hinter dem der Altkommunist Theo Finkus steht, hat in der Reformierten Meisterschule Bolzern ob Mümlerstrasse stattgefunden".

FORDERUNGEN

Allgemein wird die Verlängerung der Ferien gefordert, wobei häufig von 12 oder 13 Wochen die Rede ist, im Sinne einer Angleichung an die Mittelschulen. Einige Lehrlingsgruppen streben für alle Jugendliche unter 19 Jahren ein Einheitsstudium mit Lehrwerkstätten, Berufsschule und Mittelschule an. Die Berufsschulzeit soll zugunsten einer stärkeren Betonung der allgemeinbildenden Materie, worunter auch Unterricht über die Geschichte der Arbeiterbewegung verstanden wird, verlängert werden. Zugleich soll die betriebliche Arbeitszeit verkürzt werden. In einzelnen Flugblättern ist von der Abschaffung der Meisterlehre die Rede, an deren Stelle staatliche oder halbstaatliche Lehrwerkstätten zu treten hätten.

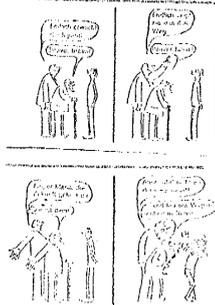
Es werden existenzsichernde Löhne von 500 bis 800 Franken oder sogar von mindestens 800 Franken vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang spielt auch die Vorstellung der Elternunabhängigkeit eine Rolle: Jeder Lehrling soll die Möglichkeit haben, unabhängig von seiner Familie in autonomen Jugendkollektiven zu leben. Dazu sollen von Staat oder von den Betrieben Gelder zur Verfügung gestellt werden.



DIE REAKTION DER BONZEN

Zwar heisst man sich auf Unternehmenseite festzustellen, es bestehe jedenfalls "momentan kein Grund zur Beunruhigung", dem widerspricht aber die hysterische Reaktion z.B. der NZZ, in deren Inlandsteil immer öfter Artikel wie "Wühlarbeit der Neuen Linken" oder "Volkfronttendenzen" auftauchen. Kennzeichnend seien die Bemerkungen, das Wirtschaftssystem der Schweiz in einem Feindbild zu karikieren. "Mit Wort und Tat wird der Unternehmer... als kalter Rechner hingestellt, der Tag und Nacht an nichts anderes denkt, als an den Profit", sozt sich die NZZ, "ein Pamphletist versteigt sich zur Behauptung, die Macht der 200 Familien, die die Schweiz regieren, ruhe auf zwei Säulen, nämlich auf der Staatsgewalt, das heisst auf Zuchthäusern, Erziehungsanstalten, Gerichten und Polizeikorps, sowie auf der Loyalität der Massen und ihrer Angst vor Veränderungen".

In der Schweiz wird die Macht bald nur noch auf einer dieser Säulen ruhen.



4

BONNIES: DER KAMPF DER LINKEN GEGEN EINE MITTELALTERLICHE BEWAHRANSTALT

Bonnie ist Mittelalter. Unausgebildetes Pflegepersonal, für das die Patienten immer noch einfach Irre sind, letztlich doch noch von Teufel besessen, obwohl er seit einigen hundert Jahren abgeschafft ist, schliesen hier Patienten ein, schützen die Gesellschaft vor wilden Tieren. Bei Bonnie wird selbstverständlich noch gefesselt, auch geprügelt. Das hat man allerdings nicht mehr so häufig nötig, gibt es doch die moderne Fesselungsmethode der Beruhigungsmittel (Valium etc.). Die alten Pfleger sind Könige in ihren Reihen und haben das beruhigende Wissen, menschlich weit höher als ihre Patienten zu stehen. Die Chefarzte haben viel freie Zeit. Wenn sie das Glück haben, ein Aufnahmehaus zu haben, profitieren sie auch materiell von der Gerichtseinweisung der Patienten: pro Gerichtsgutachten 25 Mark, das kann im Monat schon einige hundert bis 1000 IM ausmachen. Mit Valium halten sie sich die Patienten fern. In den Kollegengesprächen diskutieren sie weniger über Therapie, vielmehr erhalten sie die ordnungsgemässe Patientenverwaltung aufrecht.

KONFLIKT FLEGEL

In diese seit Jahrzehnten eingetragene Friedliche Gewaltmaschine kamen in den letzten Jahren immer mehr neue Personal um Bonnie zu reformieren, Flegel trat seine Stelle im Mai an und hat in dem halben Jahr tatsächlich noch keinerlei ernsthafte Reformen durchgeführt. Bekannt war aber, daß er Reformen durchführen wollte, sein Name war mit dem Begriff der "therapeutischen Gemeinschaft" verbunden. Weniger die durchgeführten Reformen, als vielmehr die Gefahr, daß sich überhaupt irgendetwas ändern könnte, riefen die Reaktionsäre im Ärzte- und Pflegepersonal auf den Plan. Sie sahen plötzlich Arbeit auf sich zukommen; sie mußten sich womöglich gar mit den Patienten auseinandersetzen.

Die altgedienten Oberpfleger sahen ihre Routine geplatzt und ihre Herrscherrolle gegenüber den Patienten. Also wurde, noch vor dem ersten Ansatz zur Reform, gegen Flegel intrigiert. Der Stadtrat hatte seit der Wahl auf die SPD gewechselt, und Personalrat wie Chefarzte sprachen mal bei ihren dortigen alten Kumpeln vor. Die sahen dann auch ein, daß das so nicht geht, offiziell liest sich das dann so: Flegel störe den Arbeitstrieden, er könne eine "demokratische Leitungsfunktion" nicht ausüben, die Versorgung der Kranken sei gefährdet.

DIE PROGRESSIVE GRUPPE

Der "Sozialpsychiatrische Arbeitskreis" umfaßt Leute aller Berufsgruppen und aller psychiatrischen Kliniken Westberlins. Faktisch wurde erst eine Woche vor der tatsächlichen Entlassung Flegels die progressive Gruppe aktiv: Es bildete sich ein Aktionsausschuß aus dem sozialpsychiatrischen Arbeitskreis heraus. In Bonnie wurde unter den Assistenzärzten und dem Pflegepersonal eine Unterschriftensammlung veranstaltet. Die Veränderung bei Bonnie wurde nicht als ein langer Kampf aller gesehen, vielmehr als eine Reform, die durch Senat und Flegel von oben her abgeschirmt bzw. eingeführt wird. Von daher ist die Personalisierung des ganzen Konflikts auf die Person Flegel klar. In der progressiven Gruppe und auch unter den Linken bei Bonnie wurde zwar manchmal die Gefahr für Flegel angesprochen, aber nie ernstgenommen. Die Resolution, für die Unterschriften gesammelt wurde, war so abgefaßt, daß sie letztlich nichts besagte, außer, daß das Personal nicht informiert worden sei, es wurde quasi ein Verfahrensfehler festgestellt (Das Personal war auch tatsächlich nicht informiert, auch nicht von Seiten der Progressiven, ein entscheidender Fehler, wie heute erkannt wird).

Trotzdem führte allein die Tatsache der Unterschriftensammlung

wieder zu heftigen Gegenreaktionen. Das Pflegepersonal bekam zu hören: Wenn Sie unterschreiben, könnte das Ihre Pflichten haben! Diese Drohungen lösten Unsicherheit, aber auch große Empörung aus. Erst jetzt und dadurch wurde das Personal immer mehr in den Konflikt aktiv mit einbezogen. Die Entlassung Flegels war aber zu diesem Zeitpunkt, als das Personal nun wenigstens in groben Zügen wußte, worum es ging, bereits entschieden.

Die beiden Demonstrationen (am Rathaus Reinickendorf und auf dem Kudamm) trugen dann den Konflikt endlich in die Öffentlichkeit. Aus dem progressiven Inhalt des Konflikts war jedoch klar geworden, daß die erhobenen Forderungen nur linksliberal blieben: eine rote Fahne, ansonsten Parolen nach "verbessertes Psychiatrie", nach "Klinik kontrollieren", die durch einen von außen eingesetzten Ausschuß durchzuführen seien, sogar noch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß!

Den werden sie womöglich gar bekommen, denn die Senats-SPD unterstützt Flegel und möchte den Skandal Bonnie endlich reformiert sehen. Der Flegelkonflikt war ein wichtiger erster Schritt im Kampf gegen Bonnie Mittelalter. Bei der Kundendemonstration waren große Teile des Personals dabei und sogar vereinzelt Patienten. Damit ist vielleicht doch ein Ansatz gegeben, daß den progressiven Reformbestrebungen sich ein weiterreichender Kampf anschliesst, der die Grenzen der Psychiatrie sprengt und endlich die gesellschaftlichen Widersprüche mit einbezieht.

REINKOMMEN IST NICHT SCHWER!

Du wirst eingeliefert, wenn du straffällig geworden bist und Verdacht besteht, daß du aus psychischen Gründen für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kannst, oder du wirst eingeliefert, weil du dich selbst oder andere gefährdest. Diese Behauptung kann jeder über dich aufstellen (siehe Nachbarn, rührige Verwandte, alte Bekannte). So etwas ist schnell diagnostiziert, besonders schnell bei Rauschmittelgenuss. Du wirst als abnorme Persönlichkeit deklariert. Das reicht! Oder gar Erregungszustände, Nahrungsverweigerung und dergl. Der Richter ist vollkommen auf das Arztgutachten angewiesen, er kann dich nicht und kann sich auch nicht jedesmal das medizinische Fachwissen aneignen. Diese Gerichtsverfahren sind eine Farce. Der Arzt hat mit seinen Disziplinierungsmaßnahmen freie Hand. Du bekommst deine Akte nie zu sehen, der Richter wird vor der "Verhandlung" informiert, du wirst trotz ausdrücklichem Verbot mit Medikamenten vollgestopft, so daß du garnicht merkst, was los ist. Der Richter verurteilt dich auf ein weiteres halbes Jahr, geht und nimmt deine Aggressionen gleich mit, dann selbstverständlich "bedauert" der Arzt, daß es "nicht geklappt hat".

PIZZERIA

ab 18 Uhr
TERZO MONDO

Kantstr. 134a Tel 315338

montags zu

BERLIN

AUSSPERRUNG BEI

DAIMLER BENZ



SOLIDARITÄTSSTREIKS

bei:

• Bosch - Fotokino
(600 Arbeiter)

• Carl Hesse & Wrede
(300 Arbeiter)

• Schindler AG

Wie Bosse verschwinden

Vor den Werkstoren von Daimler-Benz standen etwa 350 Leute. Ungefähr 300 waren Arbeiter, die gegen ihre Aussperrung protestierten. Dieser Teil der Belegschaft (von insgesamt 3 000) wollte sich nicht allein auf die beruhigenden Worte der Gewerkschaft, sie werde den Lohn schon einklagen, verlassen.

Dan Rest bildeten Studenten bzw. Vertreter linker Gruppen wie 'Hochschulkampf', 883, 'Soziale Revolution', Basisgruppe Spandau und 'Gruppe Internationale Marxisten' (GIM).

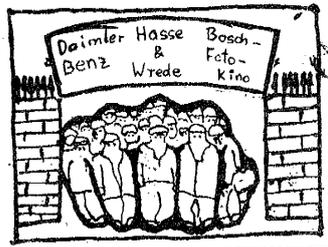
Ein paar Arbeiter empfingen sie mit den Worten: "Was suchen denn die Langhaarigen hier? Das geht doch nur uns etwas an!"

Die Gründe für das Erscheinen der linken Gruppen waren ganz unterschiedlich. Sie reichten von einfacher Neugierde, dem Wunsch dabei zu sein, wenn es bei den Arbeitern losgeht über unbeteiligtes Beobachten bis zum Willen aktiv mitzumachen.

Einerseits kann man verstehen, daß viele Arbeiter Studenten von vornherein ablehnend gegenüberstehen, weil inzwischen schon beinahe jeder Berliner Arbeiter schlechte Erfahrungen mit "revolutionären Gruppen" gemacht haben dürfte. Diese "Revolutionäre" treten als die bewußte Vorhut des Proletariats auf, obwohl sie höchstens Vorhut der allgemein unheimlich-greifenden Verbildung der Linken sind. Von Klassenkämpferschen Phrasen und elitären Organisationen hat sich noch kein Arbeiter irgend einen Vorteil geschweige denn kämpferischen Anstoß bekommen.

Die Bullen waren natürlich auch da

Andererseits kann man daraus ableiten, daß diejenigen Arbeiter, die gar nicht erst diskutieren wollen, sich noch nicht vorstellen können, daß man solidarisch sein kann, auch wenn die unmittelbaren Interessen nicht berührt sind; einfach nur, weil man weiß, daß man auf der gleichen Seite steht.



Streik



EINEN FINGER KANN MAN BRECHEN

FÜNF FINGER SIND EINE FAUST

KLASSENKAMPF

So sah es am Freitag ungefähr aus. Keiner traute sich das zu machen, was eigentlich gemacht werden mußte: die Arbeiter blockieren, in die Fabrik hineingehen oder wenigstens die Mercedesornamentreklame kaputtzuschmeißen. Die Linken dachten: "Wenn - dann müssen das die Arbeiter machen!" Machte aber keiner. Damit schien für die Linke die Chose vor dem Daimler-Werkstor erledigt. Am Sonntag wurde von Rhein-Ruhr-Theater im Jugendzentrum Kreuzberg ein Lehrlingsstück gespielt. Anschließend kam Daimler in die Diskussion und es wurden 200 DM gesammelt. Am Montag früh waren dann über 30 Genossen von Jugendzentrum und der Stadtteilgruppe Kreuzberg vor Daimler und versuchten, das Geld zu übergeben. Aber Gewerkschaft und Betriebsrat wollten das Geld nicht und verließen uns an die "Aktion Sergejkin". (Es war wohl ein Fehler, es ihnen überhaupt angeboten zu haben). Da uns der Zusammenhang zwischen "Aktion B." und Klassenkampf unklar blieb, brachten wir am nächsten Morgen für das Geld Schnaps und heißen Kaffee mit.

Die Genossen brachten überall Kleber an und verteilten auch vor den Werken in der Nähe die Flugblätter des Jugendzentrums. Passiert ist nichts außer(!) daß Arbeiter und Linke gemeinsam zu diskutieren begannen. Von einer Abneigung gegen Langhaarige war nicht mehr die Rede. Das Ergebnis dieser gemeinsamen Diskussionen, auch in der nahegelegenen Kantine, war am nächsten Tag, daß einige Arbeiter zusammen ein Flugblatt machten, das wir dann für sie druckten.

Am folgenden Tag verteilten sogar die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Flugblatt; denn es war schließlich ihr Flugblatt. Wir bildeten alle zusammen auf dem Gehweg ein Spalier. Alle Arbeiter und Angestellten, die noch arbeiteten und der Betriebsrat mußten hindurch und wurden kräftig angepöbele: "Ich wünscht dir Frohes Schaffen - laß dir einen Schreubenschlüssel auf die Füße fallen!" oder "Hoffentlich bricht dir der

angespitzte Bleistift ab!" Das Problem der Gruppe vor dem Tor ist, wie noch mehr Arbeiter zu bewegen sind. Ein Arbeiter, der noch am Dienstag arbeiten "durfte", berichtete über seinen vergeblichen Versuch, die Kollegen drinnen zu einem Solidaritätsstreik zu bringen. Die Gewerkschaft unternimmt wie immer - nichts! Die Selbstorganisation muß jetzt beginnen. Das ist aber in dieser Situation der Aussperrung viel schwieriger als bei Streik. Die Aussperrten bleiben seit dem Wochenende größtenteils zu Hause. Vor dem Tor versammeln sich 30-100 Arbeiter. Deren Zusammenhalt wird von Tag zu Tag besser. Aber sie können ihre anderen Kollegen nicht erreichen, weil die Gewerkschaft die Adressen nicht herausruckt. Hier zeigt sich ein besonderes Dilemma: Aktionen, die durch die Presse veröffentlicht würden und dadurch die anderen Arbeiter informieren, sind erst möglich, wenn sich die, die jetzt zu Hause sind, daran beteiligen.

Für Leninisten wäre, hätten sie von der Entwicklung dieser Woche Kenntnis genommen, die heile Welt des "Klassenbewußtseins von unten" zusammengebrochen. Aber dieser Gefahr setzten sie sich erst gar nicht aus. Drei "Neue Heimat"-Typen (KPD/NL) boten lediglich ihr Zentralorgan mit dergleichen Verbissenheit an, wie man sie seitdem von Rechtsterrorverköffern kennt. Ihre Schwermut unterbrach sie nur gelegentlich mit einem monotonen Singsang: "Organisiert euch in revolutionären Betriebskampfgruppen." Auch die drei Stokklinienvertreter (KPD/NL-Morgenröte) hielten sich mürrisch im Hintergrund und verfolgten das gemeinsame Spalier von Arbeitern und Jugendzentrum mit müderlich gezeigten Blicken. Zweifelloser der "Größe" war KPD/FU-Anfuchterratsmitglied Weitzke, wie er unauffällig in der Gasse stand und mit abgewandtem Fernblick entweder der angeblichen KPD-Klassenpartei oder aber die Breite der Straße für eine Unterstützungsparade abmaß.



ALLES FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG!

STREIKS IN DER METALLINDUSTRIE AUSSPERRUNG BEI DAIMLER BENZ/BERLIN

Am Freitag vergangener Woche machte das Zweigwerk der Daimler Benz AG in Westberlin dicht. Offizielle Begründung der Unternehmensleitung: das Werk sei nicht mehr in der Lage, die erstellten Einzelteile abzusetzen und erhalten selbst auch keine Lieferungen, da die übrigen Produktionsstätten in Unterfranken, Mannheim und Sindelfingen bestreikt würden. Weil das Werk nur über geringe Lagerungsmöglichkeiten verfüge, müsse die Produktion vorläufig stillgelegt werden. Zwecks Instandhaltung der Produktionsanlagen blieben 400 Kollegen - vor allem Angestellte - in Vertrag; die Mehrheit, fast 2000 Arbeiter, wurden kurzfristig auf die Straße gesetzt.

Der Beschluß zur Stilllegung traf die Kollegen unvorbereitet. Zwar hielt sich das Gerücht von der vorübergehenden Schließung der westberliner Zweigstelle in Zuge der Tarifauseinandersetzung schon einige Wochen, aber der Betriebsrat hatte keinerlei Maßnahmen ergriffen. Auf Anfragen der Kollegen erteilte er keine Auskunft. Eine Betriebsversammlung fand nicht statt. Am Mittwoch hing die Unternehmensleitung am schwarzen Brett einen Anschlag aus: DAS WERK SCHLIESST AM DONNERSTAG NACH DER SPÄTSCHICHT! Das Arbeitsverhältnis ruhe für die Zeit der Stilllegung, Löhne und Gehälter würden solange nicht gezahlt. Die Reaktionen der Arbeiter sind unterschiedlich: einige hatten sicherheitshalber schon etwas zurückgelegt, einige vertrauen auf gewerkschaftliche Unterstützung, einige suchen Schwarzarbeit, einige wollen etwas unternehmen.

Am Donnerstag wird nicht mehr gearbeitet: die Kollegen stehen an den Maschinen und diskutieren, was zu tun ist. Klar ist: die Gewerkschaften werden vorläufig keine Unterstützungsgelder zahlen, weil es sich um eine Stilllegung, nicht um einen Streik handelt. Sie wollen vor das Arbeitsgericht, und das dauert bestimmt zwei Jahre. Solange können die Arbeiter nicht warten. Sie verabreden sich für den nächsten Morgen. Vor den Betriebsratzen wollen sie demerskieren.

Freitag um 6 Uhr sind 300 Kollegen gekommen. Sie sind unentschlossen. Sie schimpfen auf die Unternehmensleitung: "Im Oktober haben wir alle zusammen noch 30.000 Überstunden gemacht und jetzt sowas!" Einige wissen, daß die Lagerhallen so gut wie leer stehen. Als ein Lieferwagen in den Betrieb fahren will, versperrten die Arbeiter den Weg. Einige Gewerkschaftler wiegeln ab: "Wir wollen hier doch nur unsere Arbeitskraft anbieten!" und "Keine Gewalt!" Als der Lastwagen schließlich durch das Tor fährt, formieren sich die Arbeiter hinter ihm. Sie wollen rein. Einige Vertrauensleute treten dazwischen und vertreiben die Kollegen. Die Bullen, die eine Ecke weiter mit zehn Henschelwagen stehen, brauchen nicht einzugreifen. Als ein Kollege fragt, warum die Gewerkschaft keine Urabstimmung durchführen, wird

er auf den ordnungsgemäßen Verwaltungsweg hingewiesen: "Das muß der IGH-Vorstand entscheiden." Der hatte sich am selben Tag auf eine Woche vertagt. Nach zwei Stunden ziehen sich die Arbeiter in die nächste Kneipe zurück. Dort will die Gewerkschaft Listen auslegen, in denen sich die Arbeiter eintragen sollen. Damit bevollmächtigen sie die Gewerkschaft für das Arbeitsgericht. Als die Kneipe zu voll wird, schickt ein Vertrauensmann einen Teil der Kollegen nach Hause. "Das hat ja auch bis Montag Zeit." Spontan dagegen kam die Unterstützung der Kollegen verschiedener Betriebe: sie streikten sowohl am Donnerstag, als auch Freitag mehrere Stunden aus Solidarität und begannen sofort mit Geldsammlungen für die ausgesperrten Kollegen.

bst der letzten beiden Jahre ist das Kapital 1971 aufgrund der einsetzenden Krise gezwungen, seinen Klasseninteressen den Schleier des Gemeinwohl wazureißen und sie offen gegen die Arbeiterklasse zu wenden. Während die stark rückläufige Konjunktur die Krise in aller Deutlichkeit ankündigt, bringt die Weltwirtschaftskrise mit der damit verbundenen Verschlechterung der westdeutschen Exportindustrie und gleichzeitiger Begünstigung von ausländischen Importen eine zusätzliche Belastung für das westdeutsche Kapital.

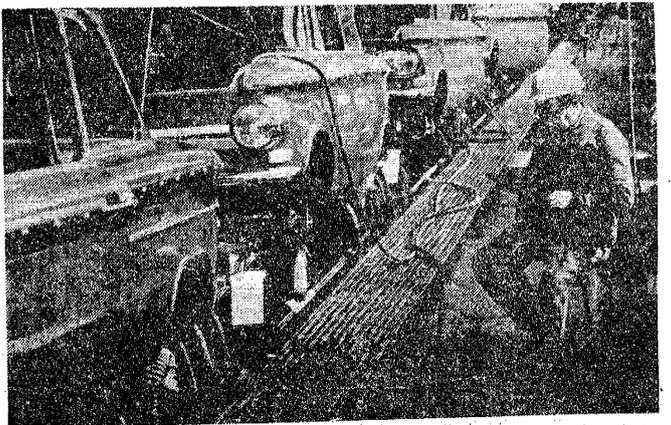
Die Metallindustrie ist von dieser Entwicklung in doppelter Hinsicht besonders stark betroffen: einerseits der Konkurrenzdruck durch steigende Importe (von Ende 1970 bis Ende 1971 stiegen die Stahlimporte von 20% auf 33%) und verteuerte Ex-

ren zu müssen. Die spontanen Streiks im September 1969 brachen in der Prosperität aufgrund eines krasse Hinterherhinkens der Lohnentwicklung hinter der Profitexplosion aus. In der Tarifrunde 1970 genötigten Wernetstreiks noch zur Durchsetzung von Lohnforderungen von 10,5 bis 11,5%, die eine merkliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter bedeuteten. In diesem Herbst findet die Metalltarifrunde zu einer Zeit statt, da die Reallohne um 7% unter denen des Herbstes 1969 liegen und die jährliche Geldentwertung die Rekordhöhe von 6% erreicht hat. Das 4,5% Angebot von Gesamtmetall bedeutet also Lohnabbau!

Wird so die Arbeiterklasse zum Lohnkampf gezwungen, will sie keine reale Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen, so ist andererseits seit den Septemberstreiks 1969 innerhalb der Arbeiterklasse die Bereitschaft zur aktiven Vertretung ihrer ökonomischen Interessen in verstärktem Maße vorhanden. Die punktuellen Warnstreiks der diesjährigen Chemietarifrunde und die spontanen Wernetstreiks auf den Versuch des Lohnabbaus bei den Metallarbeitern machen deutlich, daß die Arbeiterklasse nicht mehr ohne weiteres zum Nachgeben bereit ist.

Bieten sich die reformistischen Gewerkschaftsapparate in der BRD und in Westberlin seit jeher als Ordnungsfaktoren für den Kapitalismus an, so befinden sie sich unter einer vom DGB mit gestützten sozial-liberalen Koalition in einer besonders prekären Situation. Einerseits läßt sich eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter derzeit nicht ohne Kampf gegen die Kapitalisten abwenden und die Arbeiter selber machten schon vor Ablauf der Friedenspflicht in der Metalltarifrunde mit Wernetstreiks ihre Kampfentschlourenheit deutlich. Andererseits versteht es Gesamtmetall, die besondere politische Schwäche der Gewerkschaften in diesem Augenblick durch offene auf die Brandregierung auszunutzen. Das zeigt das starre Festhalten an dem provisorischen Angebot von 4,5%, womit von vornherein ein Streik unauzweichlich wurde, die allgemeine Stimmungsmache gegen die SPD/FDP-Koalition in Anzelsagenktionen usw. und schließlich die Aufforderung an die Regierung, den Konflikt auf Bundesebene beizulegen. Gerade darauf kann sich die IG-Metall jedoch nicht einlassen, denn die besonders große Kampfbereitschaft der Arbeiter in manchen Tarifgebieten läßt sich nur durch gestaffelte Tarifabschlüsse abfangen, ohne einen allgemeinen Streik in der Metallindustrie zu entfesseln.

Der Kampf in Nordbaden/Nordwürttemberg erhält seine entscheidende Bedeutung für gesamten Lohnauseinandersetzungen durch die Funktion, die er im Kalkül von Kapitalisten und Gewerkschaften spielt. Ein Abschluß in diesem Gebiet wird als Orientierungslinie für die Tarifkämpfe aller anderen Bezirke herhalten müssen. Geht in Nordbaden/Nordwürttemberg eine rechtzeitige Einigung - von beiden



Das Mißband steht still. Blick in eine Werkhalle von AUDI-NSU in Neckarsulm, die bestreikt wird.



Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie findet in diesem Jahr in einer Situation allgemein verschärfter Widersprüche statt. Stärker als im Har-

porte, andererseits besteht gerade in dieser Situation der verstärkte Zwang, zur Durchföhrung der ohnehin bestehenden Reorganisation und Rationalisierung der Produktionsprozesse.

Diese erschweren Bedingungen der Profitrealisierung bewirken des einmalig harte Auftreten der Kapitalisten in der Metalltarifrunde, wo den Lohnforderungen von 11% das provokative Angebot von 4% entgegengestellt wird. Zugleich ergibt sich für die Betriebe die Möglichkeit, einen harten Kampf mit Aussperrungen und Streiks wenigstens teilweise mit der Notwendigkeit gedrosselter Produktion und der Umgestaltung der Produktionsprozesse zu verbinden, was sich bei Daimler in Berlin deutlich gezeigt hat.

Auf seiten der Arbeiterklasse stellt sich in diesem Jahr zum erstmalig seit dem Wiederaufbau nach dem Kriege die Notwendigkeit, einen Kampf allein zur Sicherstellung des Lebenshaltungsniveaus füh-

HOCHKAMPF

Seiten, Gewerkschaften wie Unternehmer, wird deutlich eine Einigung Ende dieser Woche anvisiert und die konzentrierte Einleitung der Sonderabschlachtung nach einer Streikwoche zeigt das - dann kann der offene Kampf in den anderen Tarifbezirken abgeblasen werden, sofern die Arbeiter und

Die Stilllegung der Daimler-Zweigstelle in Westberlin macht zweierlei deutlich:

- Die Unternehmer versuchen, die Ausparierungen auch auf die Tarifgebiete auszuweiten, in denen noch nicht gestreikt wird, um die Streikfront zu brechen. Darüberhinaus können sie mit der Schließung der Betriebe, die sie als notwendige Reaktion auf die Streiks verkaufen, gesamtwirtschaftlich die ohnehin eingeplante Kynzarbeit und Entlassungswelle als Ausdruck der rückläufigen Konjunktur legitimieren. Was in Wirklichkeit offener Klassenkampf 'von oben' ist, erscheint als Sachzwang.

- Die Gewerkschaften befinden sich in einem Dilemma: einerseits müssen sie relativ hohe Forderungen stellen, nicht nur um der steigenden Inflationsrate gerecht zu werden und die Tariflöhne den Lebenshaltungskosten anzupassen, sondern auch um sich gegenüber den Arbeitern durch größere 'Radikalität' zu profilieren. Sie müssen auf die Forderungen der Arbeiter eingehen, wenn sie den Streik in der Hand behalten wollen. Andererseits müssen sie eine der Konjunkturlage, d.h. letztendlich den Interessen der Unternehmer angemessene Lösung finden, bei der die Arbeiter nicht das Gefühl haben, beschissen worden zu sein. Die Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiter nur soweit vertreten, wie es die Interessen der Unternehmer zulassen. Deshalb die modifizierten Forderungen in den Schlichtungsverhandlungen, deshalb die zögernde Haltung hier, deshalb die Unklarheit bei den Arbeitern, was sie mit dem Streik erreichen wollen.

Die konjunkturbedingte Eskalation der diesjährigen Tarifauseinandersetzungen, die sich nicht zuletzt in den bisher durchweg ergebnislos abgelaufenen Schlichtungsverhandlungen äußert, ist auch an Westberlin nicht vorbeigegangen. Am vergangenen Donnerstag erklärte der Vorsitzende der Schlichtungsstelle Kester die Ver-



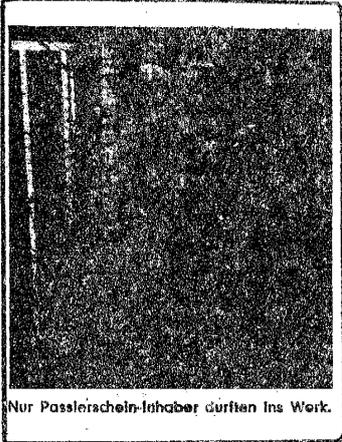
handlungen für gescheitert. Die Unternehmer haben 6% bei zwölfmonatiger Laufzeit geboten, die Gewerkschaften 11% gefordert. Ein Schiedsspruch kam nicht zustande.

Die westberliner Metallarbeiter sind das schwächste Glied in der derzeitigen Tariffront. Sie verfügen über fast keine Kampferfahrung. Nur 34% aller Metallarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. In den Betrieben wurden bislang kaum Streikvorbereitungen getroffen, geschweige denn eigene Forderungen aufgestellt. Bis auf eine Funktionärversammlung der IG Metall und drei nichtssagende Flugblätter, in denen nicht einmal die Höhe der Gewerkschaftsforderungen bekannt gegeben wurde, hat auch die Westberliner IG-Metall auf jede Streikvorbereitung verzichtet. Angesichts dieser Situation scheinen Gesamtmetall und IG-Metall folgende Taktik zu verfolgen:

Durch das Angebot von 6% Lohnerrhöhung im Schlichtungsverfahren (in Westdeutschland hielt Gesamtmetall trotz Schlichtererspruch beharrlich an den vorgegebenen 4,5% fest) sollte ein Präzedenzfall geschaffen werden, um der westdeutschen Streikfront die Spitze zu brechen. Als die IG-Metall jedoch an der 7 - 7,5% Forderung festhielt, um eben dieser Taktik zu begeg-

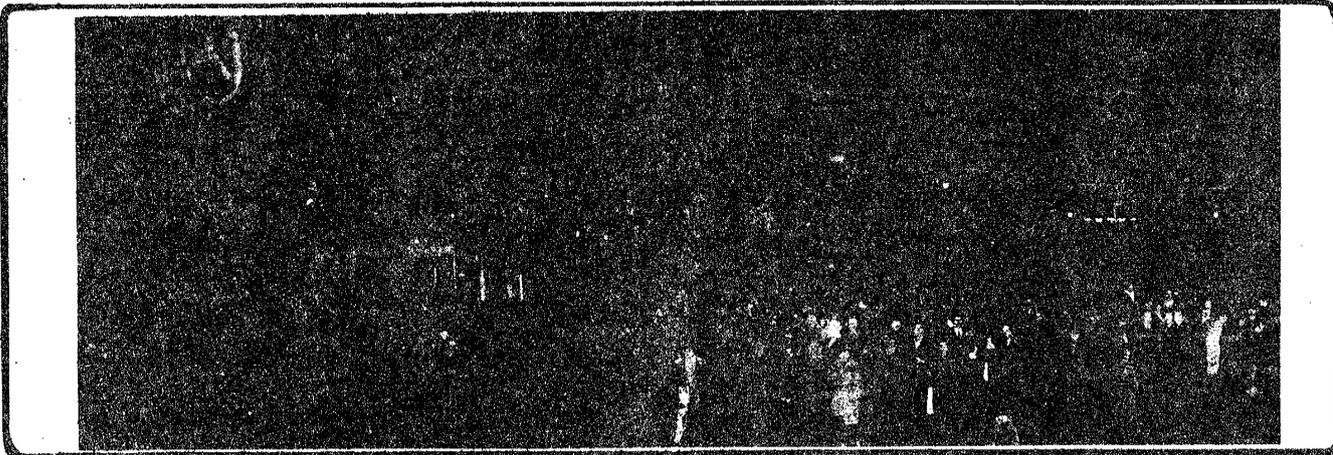
nen, wurden einen Tag vor Beendigung der Schlichtungsverhandlungen die Daimler-Arbeiter vor die Tür gesetzt, in der Hoffnung, daß nun eine breite Solidarisierungswelle der Kollegen anderer Betriebe die Gewerkschaften zwingen würde, das 6% Angebot anzunehmen, um einen unvorbereiteten und gewerkschaftlich kaum tragbaren Streik zu vermeiden. Doch mit wenigen Ausnahmen schloßen die Kollegen die Stilllegung. Nachdem dieser taktische Schritt mißlungen war, kam der Schlichter den Unternehmern zu Hilfe. Indem er auf einen Schlichterspruch verzichtete hatte, und somit auch die einwöchige Bestätigungspflichtfrist nicht mehr eingehalten werden mußte, hätte die IG-Metall für Montag die Urabstimmung fortsetzen können. Doch die IG-Metall handelte genauso, als wäre ein Schlichterspruch gefällt worden: sie verzagte alle weiteren Entscheidungen um eine Woche auf den 3. Dezember. Um den Streik in Berlin zu vermeiden, soll die Entwicklung in Nordbaden/Nordwürttemberg abgewartet werden. Die Löhne der westberliner Metallarbeiter sollen dann nach den dort ausgehandelten Erhöhungen ausgerichtet werden.

Die scharfe Reaktion des Berliner Arbeitssenators lieh auf die Stilllegung von Daimler-Benz, die ängstlichen Versuche von Schütz, den Konflikt durch Einflußnahme auf die Bundesanstalt für Arbeit die Schärfe zu nehmen und das 6% Angebot der Kapitalisten sind Ausdruck der besonderen Situation Westberlins, in der die Frontstadtideologie ("Wir sitzen alle in einem Boot") zur Schlichtung der Auseinandersetzungen herhalten muß. Nach dem Scheitern der Schlichtung in Westberlin sprach der Tagesspiegel in einem Leitartikel das aus, was der gesamten Unternehmerpartei erst einen Sinn gibt: in Westberlin wäre es für alle Beteiligten das Beste, auf das Streikrecht zu verzichten, das Streikrecht abzuschaffen.



Nur Passierschein-Inhaber dürfen ins Werk.

die unteren Gewerkschaftsebenen den Streik nicht noch in eigene Hände nehmen.



Auf den ersten Blick scheint die diesjährige Metalltarifrunde sowie die Stilllegung des Daimler-Werkes in Berlin für uns keine Bedeutung zu haben. 1969 hatten die spontanen Arbeitskämpfe unmittelbare Rückwirkungen auf die Entwicklung der Studentenbewegung. Denn die Studentenbewegung stand vor der Frage, wie sie ihre gesellschaftliche Isolierung überwinden und in einen Kampfzusammenhang mit den Arbeitern treten konnte. Dieser Versuch der Studenten, eine praktische Verbindung zu den Arbeitern herzustellen, ist während der Septemberstreiks zumist auf deren Widerstand gestoßen. Nur in Kiel gelang ein gemeinsames Vorgehen. Die streikenden Howaldt-Arbeiter wandten sich an den ASTA der Kieler Universität, nachdem ihnen von der Gewerkschaft jegliche finanzielle und technische Hilfe versagt worden war. Sie forderten von den Studenten praktische

Unterstützung in Form von Druckmaschinen, Megaphonen, Tagungsräumen usw. Den Kieler Genossen war klar, "...daß jede großspurig vorgelegte klassentheoretische Analyse zu vermeiden sei. (...) Wir erwarteten allerdings nicht, daß unsere Flugblätter oder gar der ASTA selbst zum relevanten Faktor in den Streikausinandersetzungen werden würde... Die praktische Initiative zu dieser Zusammenarbeit war vom Streikrat ausgegangen, nicht von uns."

Die Arbeiter forderten die Studenten auf, im Streikrat mitzuarbeiten, und die Streiks an der Hochschule und unter der übrigen Bevölkerung zu propagieren. Als die Studenten später vom Rektor der Universität reglementiert werden sollten, verfaßten die Arbeiter ein Flugblatt, indem sie dem Rektor androhten, ihn "aufzuknüpfen".

Während der Fiat-Streiks haben in Turin studentische Gruppen vor den Werkstoren Flugblätter verteilt, mit den Arbeitern diskutiert und Versammlungen abgehalten. Diese Unterstützung war notwendig, weil die Fiat-Arbeiter die Betriebe besetzt hatten und politische Aufgaben außerhalb der Fabrik gelöst werden mußten. Weder spielten sich die Studenten als Fachleute auf, die wissen, wo es lang geht, noch stempelten die Arbeiter die Studenten zu Handlungen ab. Ein Arbeiter von Fiat-Mirafiori sagte: "Vor allem müssen wir Arbeiter und Studenten, zusammengehen, denn das einig und stärkt uns, weil die Studenten, das wissen wir sehr gut, eine wirklich revolutionäre Bewegung sind. Die Arbeiter müssen begreifen, daß die Studenten, wenn sie auf die höhere Schule und die Universität ge-

hen, schon unsere Ausbeutung verstoßen. Auch die Kleinbürger, die sich für privilegiert halten, müssen begreifen, daß auch sie ausgebeutet werden: sie sind nicht mehr sie selbst! Und der Student begreift das. Wir Arbeiter müssen begreifen, daß die Studenten unsere Hauptverbündeten sein müssen, bevor sie "Büro-Menschen" werden, denn wenn sie vom Bürgertum geschluckt worden sind, werden sie Exekutoren der Ausbeutung."

Diese Zusammenarbeit ist nicht nur das Ergebnis abstrakt politischer Erkenntnisse, sondern Ausdruck einer realen politischen Situation. Der Kampf der Studenten an den Hochschulen setzte an Widersprüchen an, vor die sich jeder Student an der Universität gestellt sah: inhaltslose und für die gesellschaftliche Praxis irrelevante Studieninhalte, ideologischer Fachausbildung, überfüllte Seminare, Individualisierung der Studenten durch Leistungsdruck etc. Diese Widersprüche sind bis heute nicht gelöst, und sie werden durch Reformen nicht lösbar sein.

Die Studenten sind nach wie vor konfrontiert mit wachsendem Leistungsdruck, reaktionären und inkompetenten Dozenten, Disziplinierungen durch immer ausgeklügeltere Prüfungs- und Auslesemechanismen. Das Hochschulrahmengesetz, soweit es verwirklicht wird, verkürzt diese Tendenzen: nur noch mehr Verkürzung der Studienzeit und Elitestudium, Beschneidung der Stipendien und politische Unterwerfung. Eben dies

sind die Bedingungen, die den Studenten die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der Arbeiterklasse und all denjenigen Schichten des Volkes vor Augen führen, die der Kapitalismus ausbeutet und unterdrückt.

Die Roten Zellen werden in den nächsten Tagen in den Seminaren und Vorlesungen über den Streikverlauf informieren und Diskussionen über deren politische Bedeutung durchführen. Von der Entwicklung der nächsten Woche wird es abhängen, ob eine praktische Unterstützung der Daimler-Kollegen notwendig wird. So haben Darm Arbeiter nach Bekanntwerden der Stilllegung spontan Geld gesammelt. Lehrer sind diesem Beispiel gefolgt, das Sozialistische Patienten-Kollektiv plant Sammlungen in den Krankenhäusern. Sollte die Gewerkschaft bzw. das Arbeitsamt den Lohnausfall nicht ersetzen, werden wir eine Geldsammlung an der Universität durchführen.

ROTZANG ★ KOSOMED
 ROTZIS ★ GSO
 ROTZER ★ KAMPFRAT
 863
 HOCHSCHULKAMPF



ROTE ARMEE FRAKTION



LENINISTEN MIT Knarren

Eines der Kennzeichen der Erstarung und Isolierung der ehemals antiautoritären Bewegung in eine Vielzahl von dogmatischen und sich selbst genügenden SEKTELEN war und ist der radikale Abbruch jeglicher solidarischer Diskussion im Rahmen der gesamten linken Bewegung. In dem Maße, wie Diskussionen über andere Gruppen lediglich in ihrer Funktion als Hervorhebung der eigenen Wichtigkeit, als Denunziation einer Abweichung von eigenen, sorgsam gehüteten, einzig richtigen revolutionären Weg nur noch benutzt wurden, erklärten sich die diversen politischen Sekten als schlichte Geschäfts- und Werbeanlagen in Sachen NICHTIGER LINIE!

Es hat schon immer in der revolutionären Bewegung Abspaltungen und Fraktionen gegeben; solche Spaltungen waren niemals Grund zum Lamentieren, sofern sie ein Ausdruck dafür waren, daß die Revolutionäre sich über ihre tatsächlichen Interessen, Aufgaben und Bedürfnisse Klarheit verschaffen wollten. In solchen Fällen verstärken Spaltungen und Fraktionen den praktischen Diskussionsprozeß um die Klarheit der notwendigen und möglichen Aufgaben.

Entscheidend ist jedoch, daß die verschiedenen Fraktionen ihre Praxis auf die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft beziehen, so wie sie sich vor ihren Augen abspielt und nicht, wie sie sich in ihren Köpfen ausmalen läßt.

Weiter ist entscheidend, daß ein gemeinsamer solidarischer Diskussionsprozeß überhaupt ermöglicht wird, daß hinter ihn die bornierten Organisationsinteressen der jeweiligen Fraktionen zurücktreten. Ein so verstandener DISKUSSIONSAUSGANGSPUNKT ALLER REVOLUTIONÄREN GRUPPEN trägt dazu bei, die richtigen und notwendigen Momente der heutigen Fraktionen schärfer herauszustellen und zu verdeutlichen. Aber nicht mit dem Ziel, diese Fraktionen zu konservieren und zu verewigen, sondern sie im Prozeß der Kämpfe selbst aufzuheben.



Es kann heute nicht mehr darum gehen, daß die verschiedenen revolutionären Fraktionen sich gegenseitig bekämpfen und befeuern, ihre eigene Organisation mehr und mehr aufblühen, um dann mit einer großen Organisation RICHTIGE KÄMPFE führen zu können. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat solche mechanistischen Organisationstheorien mehr als einmal gründlich praktisch widerlegt. Für wen die Geschichte der Klassenkämpfe nicht bloß ein buntes Kostüm ist, in das man problemlos hineinschlüpfen kann, dem zeigt die Geschichte, wie unter so spezifischen historischen Bedingungen in den Kämpfen adäquaten Kampforganisationen entstehen, sich weiter mit den Kämpfen entfalten.

Traditionelle Organisationen

Hervorragendes Merkmal solcher Organisationen war, daß sie zugleich Kampforganisationen waren und Momente des sozialen Zusammenlebens, wie es in der neuen, zu erkämpfenden Gesellschaft entwickelt wird, enthielten. Gerade diesem DOPPELCHARAKTER DER KLASSENKAMPFORGANISATIONEN haben die sozialdemokratischen und bolschewistischen Parteiführungen die vorwärtlichen Können, weil sie lediglich eine schlechte Kopie der zu zerschlagenden kapitalistischen Organisationsstruktur waren (un heute sind!). Für sie soll nicht die kämpfende Klasse stark werden, sondern die Organisation.

Wollt man diese Lehre aus der Geschichte der Arbeiterbewegung für richtig halten, man also erkennt, daß die DIALEKTIK VON KAMPF UND ORGANISATION die bornierte Mechanik der Parteaufbauer praktisch immer wieder widerlegt hat, dann entlarven sich die heutigen PROBLEME der leninistischen Parteaufbauer als

Scheinprobleme. Die aussichtslosen Versuche, die ORGANISATION DES PROLETARIATS AUFZUBAUEN zu wollen, sind lediglich Anzeichen dafür, wie wenig solche Parteaufbauer IM PROLETARIAT verwurzelt sind, wie wenig sie ihre praktischen Anstrengungen auf die wirklichen Bedürfnisse und Interessen, auf die tatsächlichen Bewegungen des Proletariats richten. Sie können es auch nicht, auch wenn sie es wollten! Denn ihr mechanistisches Organisationsverständnis, ihre Fixierung auf die bolschewistische Form der Avantgardeorganisation und der dadurch bedingten Kampf-Formen verstellt ihnen ja die Möglichkeit, die verschiedenen Ausdrucksformen der heutigen Klassenkämpfe zu erkennen und zu voranzutreiben.

Klassenkampf

Sowohl durch ihre Fixierung ans Industrieproletariat als auch durch ihre historisch überholte formale Trennung zwischen ÖKONOMISCHEN und POLITISCHEN KÄMPFEN (+ siehe Kästen) sind die Parteaufbauer auf die Verlaufsgeschichte der bürgerlich-jakobinischen Revolution fixiert, die sie in der Wirklichkeit der heutigen Kämpfe zu entdecken versuchen (natürlich erfolglos!) bzw. vorbereiten (noch erfolgloser!). So bleibt ihnen nur noch, monoton die Gebetsmöhlen aus dem Arsenal der alten Arbeiterbewegung zu drehen, etwas von AVANTGARDE, DIE FÜHREN MUSS, vom VOLK, DEN ZU FÜHREN IST, vom HELDENKAMPFEN KAMPF, DER ZU UNTERSÜTZEN IST und von der HELLENEN DREIHALBTÄGIGKEIT Stalin-Thälmann und Genosse Pfekze zu brabbeln, bis sie von den Kämpfern der neuen Arbeiterbewegung dorthin versetzt werden, wohin sie gehören: ins Museum für historische Altertümer.

Was hat das nun alles mit der RAF zu tun?

Nun, in ihrer Broschüre DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN - DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN! erweist sich die RAF als eine Ansammlung von SUPPILLENSTÜCKEN, die sich von den diversen Parteilinien nicht nur dadurch unterscheiden, daß sie statt Parteilinien Knarren in den Händen halten.

LENINISTEN MIT KNARREN, NICHTS WEITER! Ansonsten wiederholen sie mit simplen Naivität all die Phrasen, mit denen die heutigen Leninisten zum Ausdruck bringen, daß sie von gestern sind, daß sie von der heutigen Wirklichkeit, den verschiedenen Formen und Inhalten der Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen GAR NICHTS von der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nur die parteigegensätzlichen Einstellungen begriffen haben.

ALLE DOGMATISCHEN FEHLER, DIE BEI DEN NEOLENINISTEN SO HOCH IM KURS STEHEN, WÄHRT DIE RAF-BROSCHÜRE AUF, LEDIGLICH IN KURZFASSUNG: PARTEILENINISMUS IM SCHNELLVERFAHREN.

So sieht's dann aus: Zunächst einmal muß eine Theorie erarbeitet werden. THEORIE ist für den Leninisten, also auch für die RAF, etwas, was durch das Aneinanderreihen verschiedener aus dem historischen Zusammenhang gelöst Klassikerzitate und eifriger oberflächlicher Reflexionen über die heutige Zeit zusammengeklüfft werden kann. Mit einer solchen Theorie und einer Knarre bewaffnet, kann man dann die RICHTIGE Praxis machen. Was Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Tao unter jeweils konkreten historischen Bedingungen einmal gesagt haben, wird auf ein, zwei Breze zusammengestrichen und als Handlungsanleitung für heute mißverstanden. Dieser mechanische Dualismus von der abstrakten Theorie, die die Wahrheit entdeckt und der konkreten Praxis, die dann die Wahrheiten unsezt, etwas tut durchzucht die ganze RAF-Zitattensammlung. Auch durch das ab und zu geäußerte Bekenntnis zur DIALEKTIK VON THEORIE UND PRAKTIK läßt er sich nicht verunsichern. Mit dem in Titel der Broschüre auf den Begriff gebracht an Anspruch, DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN - DIE ROTE ARMEE AUFZUBAUEN!, entlarvt sich die Broschüre als Gas, was sie tatsächlich bloß sein kann: ein objektivistischer Versuch, die begonnene Praxis im nachhinein THEORIEZU

(und das heißt hier lediglich unter Benutzung ausgewählter Zitate alter Klassiker!) zu legitimieren. Die RAF-Broschüre hat es also nicht geleistet, das Konzept RAF aus den tatsächlichen Bedingungen der heutigen Gesellschaft, aus den Kräfteverhältnissen und den Beziehungen der Klassen und Schichten untereinander etc. und aus der daraus absehbaren Bewegung heraus abzuleiten, sondern sie versucht lediglich die bisher gemachte Praxis THEORETISCH zu rechtfertigen, ihr einen Platz in der revolutionären Ahnengalerie zu sichern, THEORETISCH VERKOMMT BEI DER RAF, WIE BEI ALLEN HEUTIGEN LENINISTEN, ZUR BLOSSEN RECHTFERTIGUNGSDOKOLOGIE. Als Opfer und Teil des dogmatischen Sumpfes, in dem die Linke Bewegung inzwischen gerandet ist, konnte auch sie keinen Schritt tun, ohne ihn mit Marx-, Lenin- und Maozitataten zu rechtfertigen.

Theorie - Praxis

Diesem typisch leninistischen mechanistischen Theorie-Praxis-Verständnis, typisch für die Leninisten mit und ohne Knarre, entsprechen konsequenterweise all die Dogmen, die die heutigen und künftigen FÜHNER & PUNKTIONÄRE der Avantgardesekten den in ihren Dunstkreis geratenen Leuten empfehlen: vorbereiten, um sich selbst, also die NOTWENDIGKEIT VON FÜHREN & PUNKTIONÄREN, zu rechtfertigen. So wird also dann auch in der RAF-Broschüre aufgewärmt:

- die Arbeiter können aus ihrer Situation und Lage heraus nur ein TRADITIONELLES THEORETISCHES BEWUSSTSEIN (siehe Kästen) entwickeln;
- von außen muß in die Arbeiter das POLITISCHE BEWUSSTSEIN hineingetragen werden;
- eine SELBSTÄNIGE ARBEITERBEWEGUNG kann es nicht geben, weil mehr sei es Aufgabe der Partei, den von ihr gepachteten und weiterentwickelten WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS mit der Arbeiterbewegung zu verschmelzen;
- die Klassen sind erst nach der Revolution in der Lage, ihre Situation zu erkennen und den MARXISMUS-LENINISMUS zu begreifen.

All das steht in der RAF-Broschüre drin. Was die bürgerliche Lumpenpresse gemächlich als ANARCHISMUS verkauft, was in den gefeierten Kommentaren von M. Walden bis zu Ch. Guggenoss zu einer wahren Inflation an anarchistischen Assoziativem führt, entpuppt sich als waschechter Neo-Leninismus, - als Rechtfertigungs-ideologie WILD GEORDENER LENINISTEN, denen selbst ein Parteaufbau zu langwierig und unendlich war, so daß sie lieber GLÜCKLICH MAL RICHTIG loszuschlagen.

Daß einige Genossen aus dem nicht-parteilichen Lager in der RAF ihre Theorie sehen, sie als "anarchistisch" bezeichnen, spricht weiter für die RAF noch für diese Genossen. Wenn eine Genossin in einer Diskussion einmal sagte: "Was brauchen wir noch eine Schulung? Lest die RAF-Broschüre. Da steht alles drin", - sozeitigt das nur, wie notwendig eine politische, solidarische Kritik an der RAF ist. Diesem "Leninismus der Knarre" drückt z. B. die PZZ in Nr. 9 beispielhaft aus: im Bericht über

Kunzelman heißt es: "Hoeh lebe die RAF, damit die wissen, die die Sache der Herrschenden vertreten, daß auch die Sache der Unterdrückten vertreten wird!" Aber die Schamfreude der Bürger sind und außerhalb der Parteien ist wohl am Platz. Und kein schon, sie

kümmert uns, und die RAF nicht. Wir haben die RAF nicht kritisiert unter dem Aspekt des Negativen Homann, der nun plötzlich seine Liebe für Rosa Luxemburg entdeckte und der RAF im "Spiegel" vorwirft, sie VERNEIENDE Genossen. (Wobei man Homann noch zugute halten sollte, daß er im eigenen Interesse versucht, sich optimale Verhandlungsbedingungen für seinen künftigen Prozeß zu sichern.) Es geht uns in der Kritik auch nicht darum, der Ulrike nun klar zu machen, wie intelligent sie doch sei und in was für eine abenteuerliche Gesellschaft sie da geraten sei, wie es Renate Riemek im letzten "Konkret" tut. Beide male wird so argumentiert, als sei die RAF-Konzeption ein Produkt von ausgeklüppelten Spinnweben; eine solche Kritik drückt lediglich die Distanz von Homann und Riemek zur heutigen linken Bewegung aus. Für uns heißt die Kritik an der RAF NOTWENDIGE KRITIK AN GENOSSEN. Wir kritisieren bewußt das Konzept der RAF und nicht ihre augenblickliche



Praxis, die sich anhand des staatlichen Terrors lediglich noch auf Überlebensaktionen reduziert. Wir halten die Diskussion über das RAF-Konzept für notwendig als Diskussion über die Strategie der heutigen Linken. Die Gesetzensprodukte der antiautoritären Bewegung, sowohl die Studentenpartei als auch die Schwarzen Zellen, Pizz, etc. haben die RAF lediglich dazu benutzt, entweder mit einer dogmatisch-bornierten Ablehnung oder mit verbalradikaler Zustimmung ihre eigenen Probleme zu vertuschen; beide, die leninistischen Studentenparteien und die leninistische RAF sind dogmatisch erstarrte Restprodukte der antiautoritären Bewegung, und ihre ÜBERWINDUNG wird eines der Momente sein, die die NEUE ANTLAUTOITÄRE BEWEGUNG freisetzen wird.

Gegen den Leninismus

Wir bekämpfen politische den Leninismus in allen seine Spielarten, weil wir in ihm ein entscheidendes Hindernis für die Befreiung einer AKTIVEN, PHANTASIEVOLLEN BEWEGUNG sehen, die sich dadurch auszeichnet, daß in allen GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN die unmittelbar Betroffenen beginnen, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse kämpferisch durchzusetzen. Die Leninisten der RAF und die Leninisten der Studentenpartei ignorieren die Ansätze einer solchen Bewegung, oder sie nutzen sie in ihrem Parteilinieninteresse aus (Netzen, Schulen, Betriebe, Uni usw.). Ohne sich auf solche konkreten Praxisansätze einer selbständigen Bewegung zu stützen, diese zu verstärken oder eingreifend zu verändern, machen sie nach ihren eingetragenen Denkrastern POLITIK. Die Parteaufbauer rekurrieren auf das ganze Arsenal der traditionellen Arbeiterbewegung, auf die versteinerten Formen einer vergangenen Zeit, um mit möglichst großen roten Fahnen, mit zahlreichen Propagandadruck und vielen Bildern und Zitaten der alten Führer sich als die neue REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG zu präsentieren.

Fortsetzung S. 9

BEI DEN STÄNDEN DES SOZIALISMUS-TAGS AM AUSGANG VON LUTHERSTRASSE 10 WISSEN GENOSSEN

DIE SOZIALE REVOLUTION IST KEINE PARTEISACHE

Internationale Information & Korrespondenz

NRI	112 S.	NR 2	ca. 440 S.
KRITIK DER PL/PI		LINKSKOMMUNISMUS IN	
STRIKBEWEGUNGEN		DER WEIMARER REP	
GEWERKSCHAFTSFRAGE		BENAUT 71	
KRITIK AN MANDEL		ARBEITSTEILUNG &	
		KLASSENBEWUSSTSEIN	
		ARBEITERBEWEG IN USA	

ZITIERTE IN DIESEM TAGES-HEFT

PREIS 1,- DM

VERLAGSSTELLE: C. NEUBAUER

FÜR DIE ANALYSE DER ARBEITERBEWEGUNG & IHRE BEZIEHUNG ZUM HEUTIGEN KAPITALISMUS



FORTSETZUNG:

ROTE ARMEE Fraktion

Die RAP greift ins Waffenarsenal, um mit ihren Aktionen den Anschein zu erwecken, die Massen würden sie begreifen, sich mit ihnen identifizieren und in diesen Aktionen den eigenen latenten Widerstand gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter erkennen. Sie ignoriert dabei völlig, daß in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern geheime militante Gruppen nur innerhalb einer aktiven Massenbewegung operieren können, die selbst schon als Massenbewegung den Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat zunehmend verunsichert und bedroht. In einer solchen Situation können Aktionen von Terrorgruppen durch die Massenbewegung gedeckt und propagandistisch benutzt werden, können sich die Massen damit identifizieren. Außerhalb eines solchen Zusammenhanges mit der tatsächlichen Massenbewegung können sich Terrorgruppen nur verabschieden, sich isolieren und in ihren individuellen Problemen rotieren.

Gewalt

Wir müssen uns also innerhalb der Bewegung solidarisch mit den Genossen auseinandersetzen, die die Gewalt letztenendes romantisieren, den Klassenkampf auf ein großes PIADEMBERSPIEL reduzieren. Wir müssen unklar machen, daß diese Auffassung ein Produkt der antiautoritären Bewegung ist. Dabei wird nur ein Moment dieser Bewegung, nämlich die Aktionen, die Militanz, verabsolutiert. Die Gewalt wird nicht mehr als das Mittel der unterdrückten Klassen und Schichten begriffen, um sich in der gewalttätigen kapitalistischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen; vielmehr wird bei ihnen die Gewalt zum Inhalt des Kampfes. Gewalt ist aber nicht gleich Gewalt, wir müssen die Frage nach der REVOLUTIONÄREN GEWALT innerhalb der Klassengesellschaft stellen. Revolutionäre Gewalt, revolutionärer Kampf heute in den Metropolen ist der Widerstand der Klasse, die keine Produktionsmittel besitzt, gegen die Produktionsmittelbesitzer auf allen Ebenen. Der Kampf der Arbeiter von Pirolini, z.B. die sich der von der Unternehmensleitung diktierten Arbeitsschwindigkeit widersetzen und kämpferisch und selbständig eigenem Zeitplan praktizieren, den Produktionsprozess selbst organisieren, ist für das kapitalistische System viel gewalttätiger als anonyme Bomben gegen Banken, weil die Arbeiter von Pirolini in ihrem Kampf zum Ausdruck brachten WIE DAS KAPITALISTISCHE SYSTEM HEUTE ZERSCHLAGEN WERDEN KANN: durch die gemeinsame Aktion der Produzenten an ihren Produktionsstätten. Dieser Kampf hängt von den konkreten objektiven Bedingungen der Klassengesellschaft ab, ebenso von den Vorstellungen, die die Produzenten von der neuen Gesellschaft haben.

Avantgarde

Die RAP verkürzt diese Problematik darauf, daß der Kampf ausschließlich von bewußten Willen der von den Massen isolierten Stadtguerilla abhängt. Die Vorstellung ist einfach falsch, daß in den kapitalistischen Gesellschaften irgendeine entschlossene militante Gruppe eine KLASSENBEWEGUNG initiieren kann. Eine solche Auffassung überbetont die Rolle des Individuums und dessen FREIEN WILLEN als hauptsächlichste Triebkraft der Geschichte.

Natürlich machen nur die Menschen die Geschichte, aber sie machen sie unter vorgefundenen Bedingungen. Wer auf die gründliche Analyse der vorgefundenen Bedingungen verzichtet, und sie durch einen Zitatenschauspiel ersetzt, drückt lediglich seine subjektive Ungewissenheit aus. Ein solcher VOLLLENINISMUS ist verständlich, besonders bei den Individuen, die faktisch nicht (mehr) in Produktionsprozessen stehen. Für sie ist der Haß, der Kkol auf die gegenwärtige Gesellschaft, der sie sich als liebsten verweigern wollen, der Hauptantrieb, das Beste, die Schwere zu bekämpfen - oder sie sind verzweifelt. Haß und Verzweiflung sind unbegriffene Formen der Verweigerung einem brutalen System gegenüber, die sich in Garnistestun oder in Alles-auf-einmal-Putzwollen äußern.



Che sagt, wir sollen Haß in Energie umsetzen. Das bedeutet, daß wir eine Vorstellung davon haben, unter welchen Bedingungen, wofür und wogegen wir unsere Energie einsetzen. Außerdem wird klar, daß wir nur organisierte unsere Energie einsetzen sollen. Was heißt für uns heute jedoch organisiert? Hier muß uns klar sein, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, DIE ORGANISATION des Klassenkampfes zu gründen. Organisations-spielereien, riesige Fahnen, die mit der wachsenden Einflußlosigkeit der Organisationen immer größer und rötler werden, Bürokrasien werden Organisationen feilschen. Das heißt nun aber nicht, daß die Genossen, die heute schon bereit sind, revolutionär zu kämpfen, abwarten sollen, bis irgendwann einmal die Kämpfe sich "entfalten". Die Kämpfe entfalten sich nur mit und durch die PRAKTISCHE TÄTIGKEIT der Menschen. Wir sind keine Fatalisten, die alles dem "objektiven" Prozeß der Geschichte überlassen wollen. Es muß Aufgabe der schon bewußten Genossen sein, alle Konflikte auszuhandeln, zu zwingen und Kämpfe zu unterstützen und aktiv voranzutreiben, wo unterdrückt und ausgebeutete Menschen begonnen haben, ihre eigenen Interessen kämpferisch durchzusetzen. Dabei ist es für uns heute klar, daß die schon jetzt bewußten Genossen in den künftigen Kämpfen automatisch DIE AVANTGARDE sein werden. Hier sehen wir das Problem, daß sich eine so vorantreibende Avantgarde selbstständig machen kann und ein Homies für die Revolution wird. Allen diesen "Organisationstheorien" setzen wir eine Konfliktstrategie entgegen, oder - anders ausgedrückt - das Prinzip der SELBSTORGANISATION, als radikale Negation jeglicher sozialdemokratischer und bolschewistischer Organisationspieler. SELBSTORGANISATION heißt für uns, daß wir das revolutionäre Moment des Klassenkampfes in der JEDER WIRKLICHEN AKTION DES PROLETARIATS von Anfang an und in ALLEN IHREN ERSCHEINUNGSFORMEN eigenständigen GENOSSENSCHAFTLICHEN GEGENÜBER DER BOURGEOISIE, IHREM STAAT UND ALLEN BÜRGERLICHEN VERHÄLTNISSEN und in dem aus dieser Genossenschaftlichkeit der Aktion entstehenden und durch sie bestimmten SELBSTÄNDIGEN KLASSENBEWUSSTSEIN und KAMPFORGANISATIONEN sehen.



ES GIBT NICHT ZWEI VERSCHIEDENE KLASSENKÄMPFE DER ARBEITERN UND ÖKONOMISCHEN UND EINEN POLITISCHEN, SONDERN ES GIBT NUR E I N E N KLASSENKAMPF, DER GLEICHZEITIG AUF DIE EINSCHRÄNKUNG DER KAPITALISTISCHEN AUSBEUTUNG INNERHALB DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT UND AUF DIE ABSCHAFUNG DER AUSBEUTUNG MITSAMT DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT GERICHTET IST. (Rosa Luxemburg - 1905) Zu dieser Einschätzung kam Rosa Luxemburg bei ihrer Analyse der russischen Massenstreikbewegung 1905. Bisher wurde diese Diskussion in der Arbeiterbewegung, die Diskussion über politischen und ökonomischen Kampf ziemlich abstrakt geführt. Erst die tatsächlichen Kämpfe ermöglichen es, diese Frage nun konkret zu stellen und zu beantworten: ES GIBT NICHT ZWEI VERSCHIEDENE KLASSENKÄMPFE...

Die einzigen, die heute noch an diesem Dogma festhalten, sind die Leninisten aller Sozialisten. Das müssen sie auch tun, denn nur so können sie für sich selbst einen Platz in den Klassenkämpfen sichern: als Experten in Sachen politischer Revolution, die entscheiden wollen, welche Kämpfe richtig sind und welche als "Handwerker" etc. abgetan werden können. Wenn heute von der Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen redet, ist das, um daraus für sich Kapital zu schlagen.

ARBEITSGERICHTS-PROZESS - ENTLASSUNGEN BEI OPEL-RÜSSELSHEIM

Beim "Gutetermin" vor dem Arbeitsgericht Darmstadt, bei dem versucht wird, einen faulen Kompromiß zwischen Kapitalist und rausgeworfenen Kollegen zu finden, kamen einige MitarbeiterInnen zu, die der Kollegin Jaschek, die wegen eines Artikels in der Betriebszeitung gekündigt war, wurde plötzlich der Grund nachgesprochen, daß sie auf der Betriebsversammlung ge...et hatte, was der Richter ab-



juristischen Blödsinn nicht akzeptierte. Beim Kollegen Bachhausen meinte der Richter: "das konnte er nicht verstehen", der sei schon 15 Jahre beim Opel. Beim Kollegen Fischer hielt er die frühere Kündigung für "unangenehm", so daß sie jetzt schnell in eine fristgemäße umgewandelt wurde. Davon hat er jetzt zwar einen Monat in der Kasse, aber seine Arbeit ist er trotzdem los. Der spanische Kollege Paniagos sagte aus, er hätte andere von der Prügeln um das Mikrofon abhalten wollen und beantragte dafür auch Zeugen, während Opel keinen einzigen Zeugen hatte. Da haben sich offenbar die besetzten Spitzel, die überall in der Halle herumlaufen, ausgerechnet den Falschen ausgesucht.

Es soll noch immer hier und da welche geben, die an demokratische Rechtsgrundsätze oder ähnliches der Justiz glauben. Bei solchen Verhandlungen wird klar, daß im Gerichtssaal im besten Fall faule Eier gelogt werden. Bei Arbeitskonflikten kommt viel oder wenig heraus, je nachdem wie stark die Arbeiter sind. Kommt die Sache erst mal vor Gericht, ist sie schon verloren.

kurz die Vorgeschichte:

Bei der letzten Betriebsversammlung bei Opel-Rüsselsheim machten vor allem die ausländischen Arbeiter dem Hausherrn Betriebsrat einen Strich durch die Rechnung. Anstatt sich das übliche Gesülze anzuhören, das sie ohnehin nicht verstanden, da natürlich nichts überbracht wurde, machten sie von Anfang an lautstark ihre Forderungen klar. Vor allem die jugendlichen Arbeiter aus Italien, die sowieso nach einem Jahr zurück zum Wehrdienst müssen, machten Stimmung. Ihre Forderungen:

+ Soßlu mit der Unterprivilegierung der ausländischen Arbeiter!

+ 1 DM mehr für alle!

Als dann auch noch deutsche Arbeiter von Hednerpult aus drohten, den Kapitalisten bei der Erfüllung der Forderungen mit einem Warnstreik nachzuhelfen, verlor der Betriebsrat den Überblick.

Devor irgendein ausländischer Kollege vor dem Mikrofon zu Worte kommen konnte, erklärte er die Versammlung für geschlossen und ließ die Techniker die Mikrofone abbauen. Das anschließende Gerangel um die Mikrofone wurde von Spitzeln fein säublich fotografiert.

15 ausländische und 6 deutsche Arbeiter wurden entlassen.

Die Entlassenen haben inzwischen einen Brief an alle Kollegen geschrieben, der in 1.000 Exemplaren im Werk herumgegeben wurde. Darin fordern sie alle Kollegen zum Kampf gegen die Entlassungen auf. Weiter fordern sie die Vertrauensleute-Leitung, den Betriebsrat, die ARSO, die beiden KPD/MLs, uns, die DKP und die "Arbeitsgemeinschaft christlich-sozialer Arbeitnehmern" zu öffentlichen Stellungnahmen und zu ihrer Unterstützung auf. Die VERTRAUENSLEUTE-LEITUNG unter Herrn Spitz hat, wie wir gehört haben, abgelehnt, eine Vertrauensleute-Versammlung zu den Entlassungen einberufen. Diese Herren sollten dazu mal öffentlich Stellung nehmen und sagen, was sie eigentlich als ihre Aufgabe ansehen die

Schwächen der Unterstützung und Gesamtleitung zu wischen - und die Kollegen zu unterstützen. Wir drücken Ihre Stellungnahme ganz ab, wenn sie sie uns schicken.

Der BETRIEBSRAT lieferte seine Tonbandaufnahmen, die für die Entlassungen ausgewertet wurden, an die Geschäftsleitung aus. Angehört werden die Aufnahmen gemacht, soll die Herren vom Betriebsrat mal zu Unrecht beschuldigt werden, etwas Gefährliches gesagt zu haben (das muß lange her sein!). und ihnen Schwierigkeiten mit der Geschäftsleitung drohen. Die Aufnahmen machen sie jetzt angeblich zu ihrem Schutz. Tatsächlich dienen sie der Geschäftsleitung als Material, Entlassungen zu begründen. Sollen die Herren künftig ihr eigenes Geschwätz auf Band aufnehmen. Wir fordern, daß die Diskussionsbeiträge der Kollegen grundsätzlich nicht aufgenommen werden.

Die ARSO schweigt und schweigt und schweigt. Wahrscheinlich wird sie sich, wie im letzten Jahr gegenüber der DKP, nur dann äußern, wenn sie einer der linken Organisationen einen Fehler ankreiden kann, den dann anprengen und zeigen, daß es so schlecht beim Opel nun auch nicht ist. Da, wo es um den Betrieb geht, täglich dreckig geht, haben wir noch nichts von ihr gehört, zu den Entlassungen auch nicht.

Die DKP forderte die WiederEinstellung der Entlassenen. Die DKP hat Mitglieder im Betriebsrat und im Vertrauensleuteblock, und diese "Recht" heißt eigentlich nur, eine öffentliche Stellungnahme ihrer Fraktion zu schreiben und sie insgesamt mal darüber aufzuklären, was in diesen Gremien so alles über unsere Kopfe hinweg behandelt wird. Wenn die Leute der DKP im Betriebsrat und im Vertrauensleuteblock nur diese Partei informieren, nicht uns alle, WAS NUTZEN SIE UNS DANN?

Wir haben die WiederEinstellung von Anfang an gefordert, zwei unserer Genossen versuchen auch, die paar Chancen zu nutzen, die die Gesetzgeber der Kapitalisten uns lassen (das "Recht" soll ja eigentlich den "Betriebsrieden" schützen, also die unzufriedenen Kollegen beimwegschieben sondern im Gegenteil) als Messer liefern. Und dieses "Recht" heißt eigentlich nur, daß die Kapitalisten bei der Einstufung, zu paar formalistischen Einheiten müssen, nicht, daß wir geschickt werden. Wir werden weiter berichten, was bei den Prozessen herkommt. Allerdings müssen wir EINEN WIRKSAMEN SCHUTZ GEGEN ENTLASSUNGEN BEFEHLEN NUR DIE SOLIDARITÄT DER KOLLEGEN, und diese Solidarität müssen viele erst noch lernen. Und viele müssen erst noch kapieren, daß sie selber stärker werden, wenn sie Kollegen unterstützen, sobald es zu einem Streik wegen der Tarifverhandlungen kommt, muß eine der Forderungen sein: KEINE VERTRAUENSLEUTE-LEITUNG ABER UNTERSTÜTZUNG KEINE WEITERN UNTERDRÜCKUNGSMASSNAHMEN

Klassenkampf

Tina Putt
"Zur Wanne"
die Gruppe der Kämpfer
Kämpfer, Bewusstseins- und
MUSIKALISCHEN
GESCHLOSSEN
Aufbauende, schaffende und ganz Normalen
1 Berlin 31
Holstenische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30 - 5 Uhr

SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ
Sprechrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.
Probexemplare anfordern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Wir danken ALLEN GENOSSEN, DIE 833 MATERIALIEN POLITISCH und in GEBETE UNTERSTREICHEN HABEN!

CHILE

EIN JAHR DANACH...

Seit einem Jahr, seit dem 4. November 1970, besteht die chilenische Union Popular (U.P.), die Volksfront. Obwohl die U.P. bei den Wahlen nur 36,3 % der Stimmen bekam, brachte dieses Ergebnis - vor allem wegen der Zersplitterung der Rechten - Allende und die Volksfront an die Regierung. Die zurückgelegte Zeitspanne ist zwar kurz, aber doch reich genug an Erfahrungen, um eine vorerst natürlich noch vorläufige Schlussfolgerung ziehen zu können.



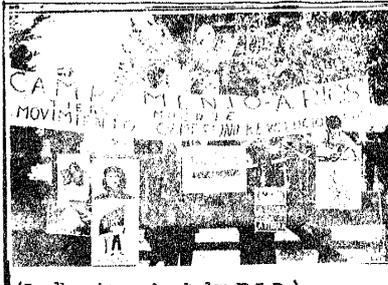
Salvador Allende

Die letzten Ereignisse in Bolivien, die härter werdenden Haltungen der Regierungen Uruguays, Argentiniens und Brasiliens gegenüber Chile, die heftigen Pressekampagnen in den USA mäßiglich der Verstaatlichungen von US-Gesellschaften, das sind nur die offensichtlichsten Tatsachen, die sich immer drohender gegenüber dem chilenischen Experiment erweisen. Um die Schwierigkeiten der chilenischen Linken zu erörtern, müssen wir noch weitere Hindernisse aufzählen: Putschversuche der Rechten, eine unsichere Armee, Sabotage und Kapitalflucht chilenischer Industrieller, dann ein weitgehend noch von reaktionären Funktionen besetzter Regierungs- und Verwaltungsapparat, die einseitig an ausländische Kapitalinteressen (vor allem US-Kapital) ausgerichtete Wirtschaft, die allgemeine Unterentwicklung des Landes.

Die Regierung versucht ihr Programm in die Praxis umzusetzen: einen ersten Schritt zum Aufbau des Sozialismus, und zwar des "via chilena", also des "chilenischen Weges" (zum Sozialismus) zu tun, wie Allende schnell hinzufügt.

- Die Volksfront unter Allende besteht aus sechs Gruppen, und zwar:
1. Partido Socialista (P.S.) Sozialistische Partei,
 2. Partido Comunista (P.C.) Kommunistische Partei,
 3. Partido Social Democratico (P.S.D.) Sozialdemokratische Partei,
 4. Partido Radical (P.R.) Radikale Partei,
 5. Movimiento de la Accion Popular Unitaria (M.A.P.U.) Bewegung der geeinten Aktion des Volkes.
 6. Movimiento de la Accion Popular Independiente (A.P.I.) Bewegung der unabhängigen Aktion des Volkes.

Im ökonomischen Bereich sieht das Programm der Union Popular die Schaffung von drei Bereichen des Eigentums vor: privates, gemischtes (halb privat, halb staatlich) und staatliches Eigentum, deren Abgrenzungen jedoch noch nicht genau festgelegt worden sind. Für den Moment besteht der Bereich des staatlichen Eigentums - der Kern der zukünftigen sozialistischen Wirtschaft - aus einer Parität bei den "verstaatlichten" Banken, weiterhin wurden Teile der Textil- und Nahrungsmittelindustrie in den staatlichen Bereich eingegliedert. Die Kupfer, Eisen und Salpeterminen werden bei der Zahlung von enormen Abfindungen ebenfalls "nationalisiert".



(Landbesetzung durch den M.I.R.)

Die von dem Movimiento Izquierdo Revolucionario (M.I.R.) durchgeführte Agitations- und Organisationsarbeit bei den Bauern und Landarbeitern ist so wirkungsvoll, dass sich diese Beispiele der Mobilisierung wie ein Ölflleck vom Süden in die Mitte und den Norden des Landes ausbreiten.

Wie waren die offiziellen Stellungnahmen der Regierung zum Problem der "tomas de tierra" (Landbesetzung)?

Ein Bauernführer der Provinz Linares wandte sich in einer öffentlichen Versammlung mit folgenden Worten an Allende: "Genosse Präsident, wir wollen keine Konflikte schaffen, was uns interessiert, das ist die Produktion und gerade in den 'fundos' mit weniger als 80 Hektar, die die Agrarreform nicht trifft, dort sind die Landaufgaben, die schlechte Nutzung und der Verstoß gegen die Sozialgesetze am häufigsten. Das zwingt uns das Land zu besetzen, um die Produktion zu erhöhen." Die Antwort Allendes: "Wir sind nicht in der Lage, den ganzen Boden zu enteignen, außerdem gibt es viele Eigentümer, die keine anderen Mittel zum Lebensunterhalt haben. Auch verstößt die Besetzung des Landes gegen das Eigentumsrecht."

Allende: "Sind Sie Mitglied der Union Popular?" Bauer: "Ich bin Sympathisant." Allende: "Sehen Sie, Sie haben keine Verpflichtungen. Aber ich muss mich auf das Programm der U.P. beschränken. Ich erinnere Sie daran, dass seit 20 Jahren nicht mehr von Landenteignungen die Rede war. Jetzt nutzen Sie aus, dass es keine Verfolgung gibt..."



(Allende, Debray und seine Frau.)

Der Innenminister seinerseits sagte in einem am 13. Februar 71 veröffentlichten Kommuniqué: "Die Regierung hat Vertrauen in das Bewusstsein der chilenischen Arbeiter und Bauern. Deshalb hat er keine Strafmaßnahme eingeleitet. Das ist kein Zeichen von Schwäche."

Der Generalsekretär der KP sagte seinerseits am 17. Februar: "Wir billigen die Landbesetzungen nicht, weil wir einen Kompromiss mit dem Land haben und weil wir die Entwicklung der Landwirtschaft innerhalb der Grenzen des Gesetzes weiterführen werden."

Altamirano, Generalsekretär der sozialistischen Partei, bestätigt am 21. April: "Man muss den opportunistischen und masslosen Forderungen, den unorganischen Besetzungen der Fabriken und Ländereien ein Ende bereiten."

Nelson Gutiérrez, einer der Führer des M.I.R. sagte am 30. Mai: "... die Aktivität der Bauern auf dem momentanen Inhalt der Agrarreform beschränken wollen, das bedeutet die Aufgabe und den Verzicht der Mobilisierung dieses wichtigsten Bereichs der Bauernschaft und des ländlichen Proletariats, das bedeutet einfach die Zerschlagung der Bauernbewegungen, die Schwächung des gesamten revolutionären Prozesses." Und: "Der Konflikt erreicht die wichtigsten städtischen Industriezentren, die Arbeiter müssen immer radikaler ihre Meinung, dass man die Enteignungen in der Industrie erweitern sollte und dass man dabei die Arbeiterkontrolle über die Produktion entwickeln müsste."

Dass sich die Union Popular den Aufbau des Sozialismus nur über das autoritäre Konzept der "verstaatlichten" Wirtschaft, und nicht das, der echt vorgeschalteten, das heißt einer den Arbeitern selbst gehörenden und von ihnen direkt verwalteten Wirtschaft, vorstellen kann, das liegt eben auch an der Zusammensetzung dieser Volksfront. Schließlich sind Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien durchaus alte Forderungen der Sozialdemokratie, siehe dazu zum Beispiel das Programm der englischen Labour-Party. Sozialismus auf Verstaatlichung und Verstärkung der Staatsgewalt beschränken, das sind die traditionellen, über sozialdemokratischer, und in der Praxis auch leninistischer Konzeptionen, wenn auch letztere durch andere Ursachen bedingt sind.



Die kommunistische Partei Chiles: die Älteste und bedeutendste Südamerikas.

Der schon angeführte grundsätzlich zögernde und zweideutige Charakter der U.P. versohnte die Parteien und Bewegungen, die ihr angehören, nicht. Die Gemeindevahlen in April haben deutlich das wirkliche Gewicht der Parteien, die Mitglieder der Koalition sind, aufgezeigt. Die Volksfront bekam 49,73 % der Stimmen, dazu kommen noch 1,05 % der Union Socialista Popular (U.S.P.), eine Gruppe, die nicht der U.P. angehört, ihr aber ihre "kritische Unterstützung" gewährt. Die Parteien der Volksfront bekamen bei den Wahlen folgende Anteile: die sozialistische Partei (P.S.) 22,89 %, die kommunistische Partei (P.C.) 17,36 %, die radikale Partei (P.R.) 8,18 %, die sozialdemokratische Partei (P.S.D.) nur noch 1,38 %. Die M.A.P.U. hatte keine Kandidaten aufgestellt. Die Resultate, die einen starken Rückgang der radikalen Partei (P.R.) und der sozialdemokratischen Partei (P.S.D.) aufzeigten, hatten zur Folge, dass die Minister der P.R. ihren Rücktritt einreichten, die jedoch von Allende abgelehnt wurden.

Aber die endgültigen Ergebnisse der Aprilwahlen werden erst im August wirklich spürbar, als sich die Polarisierung einerseits durch das Wachsen der traditionellen Arbeiterparteien und andererseits im Anschließen der reaktionären nationalen Partei (Partido Nacional, P.N.) abzeichnet. Die nationale Partei, die 1967 14,3 % der Stimmen bekam, erhöht jetzt auf 20 %. Die Polarisierung hat auch bei den Parteien der Volksfront, die die Mittalklassen vertreten, deutliche Folgen gezeigt. (Fortsetzung S. 11)



(Karte Chiles)

Was den Bereich des privaten Eigentums betrifft, hat die Regierung eine "Produktionsschlacht" ausgerufen, die darauf abzielt, dass die Arbeiter "für das Vaterland und die Regierung des Volkes mehr produzieren. Andererseits hat die Regierung den Unternehmern empfohlen trotz der Anhebung der Löhne und des Preisstopps die Fabriken auf vollen Touren laufen zu lassen, um dabei "normale" Gewinne zu erzielen. Hier der von Allende beschriebene Mechanismus: "... das Unternehmen muss die Lohnerhöhung auffangen, auch wenn der Gewinn für eine produzierte Einheit geringer wird, und zwar indem man durch mehr produzierte Einheiten, die unausgelasteten Kapazitäten gebrauchend, die Gewinnmarge ausgleicht..." Wie ein guter bürgerlicher Wirtschaftsfachmann entwickelte Allende am 4. Februar des Jahres diese Gedanken.

Die Produktionsschlacht verläuft nicht ohne Schwierigkeiten, da die Bourgeois gegenüber der "Volksregierung" nicht immer gerade Verständnis aufbringen und andererseits sich die Arbeiter immer wieder folgende Frage stellen: Ist es überhaupt möglich, mit den gleichen Unternehmern, die in Rechtsputzen gegenüber der Regierung verwickelt sind, Abmachungen zu treffen? Und, warum sollen wir nicht selber die Dinge in die Hände nehmen? Beispielsweise sagen die Arbeiter einer Stahlkabelfabrik: "In der jetzigen Lage sind wir bereit mehr zu produzieren, aber nur unter der Bedingung, dass die Kontrolle der Produktion von den Arbeitern und die Kontrolle der Produktion von den Arbeitern und die Kontrolle von dem Unternehmer ausgeht wird." "Mehr produziert, aber unter Arbeiterkontrolle!" das war eine Parole dieser streikenden Arbeiter. Ein Kampfarole, die anfängt, bei den kämpferischsten Teilen der Arbeiterschaft an Boden zu gewinnen.

Bis jetzt hat die Regierung auf zweierlei Art bei Konflikten in den Betrieben eingegriffen: - die Unternehmer sabotieren offen die Produktion, die Fabrik macht Pleite. Die Regierung "enteignet" diesen Bereich und stellt ihn unter staatliche Kontrolle. - In den anderen Fällen kommt man zu Kompromisslösungen, die die Vorstellungen und Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen, denn die Arbeiter verlangen die Enteignung. Und das, unter abstrakten Vorwänden, wie den des "nationalen Interesses" und anderen.



"Das Land denen, die es bearbeiten"

Es ist auf dem Land, wo die Regierung die größten Schwierigkeiten gefunden hat, um ihr Programm, das sich in diesem Bereich auf ein Gesetz der Agrarreform beschränkt und schon unter der Regierung Frei in Kraft trat, durchzuführen. Der Boycott und der aktive Widerstand der Grossgrundbesitzer gegenüber den Funktionären, die mit der Agrarreform beauftragt sind, hat die Unzufriedenheit der Kleinbauern, Arbeiter und Arbeitslosen provoziert, die darauf mit einer Welle von "illegalen" Landbesetzungen geantwortet haben und damit genau die Unzulänglichkeiten und Beschränkungen der Massnahmen, die durch das Gesetz vorgesehen sind, aufgezeigt haben. Zudem kommt, dass sich die Staatsfunktionäre genau nach den Buchstaben des Gesetzes halten und sich als "Bremsen" erweisen.

OBLONOW
KNEIPE IN DER FLEISCHEREI
HAUBACHSTR. 2 GR. BIER 1,-

10

DOKTOR JUCK
TÄGLICH 19.30
Holz KOHLENGRILL
3,50 PIZZA, 4,60 STEAK m. SALAT
2,50 MUSCHELN
GUTSCHWEIN WERT 0,90 DM
FÜR ESSEN VON MINDEST
2,50 DM
VON 0,70 DM

Westberliner Buchladen Kollektive
KEINE PRIVATEN PROFITE
UNTERSTÜTZUNG DES ANTIMPERIALISTISCHEN KAMPFFES

Das Politische Buch
Liberta 12, Savignystr. 98
Tel. (031) 883 25 53

Buchkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel. (031) 313 99 83

Jürgens Buchladen
15000 33 Köpenicker-Linden-Str. 40
Tel. (031) 763 62 25

AUF ANFRAGE SCHICKEN WIR UNSERE BUCHVERSANDLISTE

Fortsetzung: CHILE...

EIN JAHR DANACH

Die radikale Partei (P.R.), die ihren 25. Kongress am 31. August abschloss, billigte politische Texte, in denen sich die Partei als sozialistische und revolutionäre Partei bezeichnet...



Gleichzeitig erfuhr die christlich-demokratische Partei (Partido Cristiano Democrático, P.C.D.), die bei den Aprilwahlen einen Verlust von 100.000 Stimmen hin zunehmen hatte, ihre zweite Spaltung in zwei Jahren...

Der M.I.R. hat den, durch den Wahlerfolg der Volksfront freigeordneten Handlungsraum ausgenutzt, um seine Position zu stärken und um eine intensive Organisationsarbeit innerhalb der Arbeiter-, Bauern- und Studentennassen zu leisten...

Trotzdem muss Allende immer wieder Angriffe gegen die revolutionäre Linke richten, erst am 4. November 71 sagte er anlässlich des ersten Jahrestages der Volksfront: "die 'Sohnbräuer', die glauben, dass man die Revolution in der Anarchie (!) durchführen kann, liegen falsch..."

Hier ein Beispiel für die starke Position, die sich der M.I.R. auch auf den Universitäten geschaffen hat. Anlässlich der Wahlen zur Studentenförderung von Santiago schloss der M.I.R. den Kandidaten der Volksfront zu unterstützen...

Dafür noch ein anderes Beispiel. Am Anfang Dezember 70 stellt der M.I.R. an der Universität Concepcion (wichtigste Zentrum im Süden des Landes) wo er seit drei Jahren in der Mehrheit ist, einen Kandidaten auf...

Die Bewegung auf dem Land während der Monate Januar und Februar und der Erfolg der Kampflosungen des M.I.R. in der Arbeiterschaft riefen heftige Kontroversen mit der KP hervor...



Che.

Der Übergang von einer vorrevolutionären Situation wie sie jetzt in Chile herrscht zu dem entscheidenden Kampf für die ganze Macht der Arbeiter muss notwendigerweise über die Bewaffnung und militärische Organisation der Arbeiter laufen...

Diese "traditionelle Treue" hat die Armee nie gehindert auf das Volk zu schießen: 1907 wurden mehr als 2.000 Arbeiter, Frauen und Kinder in der Schule Santa Maria a Iquique ermordet...

und Studenten, in den Strassen von Santiago erschossen, am 11. März 1966 wieder 8 Tote und 60 Verletzte in den Kupferminen von Salvador. Der alte Arbeiterführer G. Blest, der ein besseres Gehörnis als manche "Interessenvertreter der Arbeiter" hat...

Die revolutionäre Linke arbeitet schon seit einiger Zeit an der Infiltrierung niedriger Armeeeinheiten und kümmert sich darum, eine entsprechende militärische Infrastruktur aufzubauen...

Die Abschaffung des Kapitalismus ist nur über die sozialistische Revolution möglich. Die bolivianischen Arbeiter haben Torres daran erinnert: "Nationalismus nein, Sozialismus ja!"...

Das Beispiel Bolivien ist ein gutes Lehrstück, was die Bewaffnung der Arbeiter betrifft. Solange die Massenmacht, die erstlich die Bourgeoisie gefährden, nicht von organisiertesten Mobilisierungen und Bewaffnungen der Arbeiter begleitet sind...

Kommen wir zur wirtschaftlichen Aktualität zurück. Was soll man von den Verstaatlichungen und Abfindungsangeboten bei den Kupferminen halten? (It. Allende bringen die Kupferminen jetzt 80 % der chilenischen Devisen ein und machen über 20 % des Haushalts aus.)...

Wir haben jetzt schon erfahren, dass ein Vertrag unterzeichnet wurde, nach dem die Zulieferung, Unterhaltung und Instandhaltung des Materials für die Ausbeutung der Kupferminen ausschließlich an die Cerro Sales Company übertragen wird...

Am Beispiel Togliattigrad

Unter Sozialismus verstand Marx nicht nur die Enteignung des kapitalistischen Privatgüterans an Produktionsmitteln, sondern, gestützt auf die veränderten Produktionsverhältnisse, eine Umwälzung der gesellschaftlichen Beziehungen...

Als die Fiat-Arbeiter im Juni dieses Jahres darauf drängten, über den Rhythmus der Arbeit selbst zu bestimmen, replizierte die Betriebsleitung mit dem Hinweis, dass in Togliattigrad nach den gleichen Richtlinien produziert werde...

Antwort: Zunächst die ganze Atmosphäre. Es handelt sich um eine große und ganz moderne Fabrik, die nach ihrer Fertigstellung 80.000 Arbeiter beschäftigen wird...

Die Antwort des Unternehmens, daß unsere Forderungen unbegründet sind, ist die Antwort der Sowjetunion in Togliattigrad. Ihnen nicht Rechnung tragen. Hier liegt offenbar ein Irrtum oder ein Mangel an Wechselseitigkeit...

Genossen, verkauft 883 an Eurem Ort. Durch die massenhafte Verbreitung der Zeitung können unsere politischen Vorstellungen wirkungsvoller sein...



IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: 883 Produktion - in-Soz. Zentrum 1 Berlin 21, Stephanstr. 60/61a/62

883 ist eine Zeitung der revolutionären Linken. 883 unterstützt die Streikorganisation der Arbeiter, Schüler und Studenten...

Revolutionäre Aktion



Die Forderung der bolivianischen Revolution, Nr. 72: Bericht über den Streik der Hutensarbeiter in Rotterdam, Nr. 73: Gewalt und Organisation, Nr. 74: Vom Handlungsplan zur Revolution, Nr. 75: Arbeiterstreik in Italien, Nr. 76: Die Partei Kommunisten, Nr. 77: Klassenkampf in der Türkei, Nr. 83: Die politische Linie der 883

Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein

GESCH. FÜR FÜRBEREITUNG REBANTON THOMAS BLADF

presserechtlich verantwortlich: 1 Berlin 37, Schwanenstr. 15 g

